

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. —
Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Müller, Magdeburg. Verlag von
Bernhard Harbain, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Wetze, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127.
Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schrotbockstraße). Preisprospekt Nr. 1567.

Abonnement- und zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobahn) 2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeiger- und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mt. 25 Pf., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2 Mt. 25 Pf. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. Sonntagsbeilage Die Neue Welt 10 Pf. Anfertigungsgebühr die Klingschaltene Beilage 15 Pf. Post-Belegungsliste Nr. 7539.

Nr. 131.

Magdeburg, Mittwoch, den 8. Juni 1898.

9. Jahrgang.

Am 16. Juni

wird gewählt! Parteigenossen, nehmt jede passende Gelegenheit wahr, um auf's Fleißigste dafür zu wirken, daß die Hoffnungen der Feinde des allgemeinen, sozialen und geheimer Wahlrechts durch die Wahl sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter zu Schanden gemacht werden.

Wie die hiesige Presse über die anwaltschaftliche*) Aktion gegen das Personal der Volksstimme denkt.

Magdeburgische Zeitung:	---
Central-Anzeiger:	---
Ämtlicher Anzeiger:	---
General-Anzeiger:	---
Sachsenschau:	---

Urteile der auswärtigen Presse.

Leipziger Volkszeitung:
Das sonderbare Vorgehen der Polizei hat nicht geringes Aufsehen erregt. —
Sächsisches Volksblatt (Widau):
Die sozialistengesetzlichen Praktiken scheinen wieder mehr und mehr Fuß zu fassen. —
Freie Presse (Eberfeld).
Die ... scheinen ein ganz besonderes Interesse an der Wahl eines Sozialdemokraten in ihrem Wahlkreis zu haben! —
Die übrige Parteipresse druckt die dem Vorwärts, resp. der Volkszeitung entnommenen Preßstimmen nach. —

Ein neuer Prozeß!

In Nr. 86 der Volksstimme haben wir einer Verhandlung Raum gegeben, die sich vor der zweiten Kammer des königlichen Landgerichts zu Berlin abgespielt hat und gegen den Papierfabrik-Direktoren Alfred Müller richtete, der in Aufsehen erregender Weise sich der Verpflichtung entzogen für seine von ihm geschwängerte Geliebte und deren Kind zu sorgen. Dieser Artikel wurde von uns mit allgemeinen Bemerkungen begleitet, die Bezug nehmen auf örtliche Verhältnisse.
Fabrikdirektor Müller sandte uns Berichtigungen, die wir, da sie Angriffe gegen das von ihm verlassene Mädchen enthielten, nicht aufnahmen. Schließlich beruhigte er sich mit einer Berichtigung, die dem Sachverhalt und dem Preßgesetz entsprach. Damit glaubten wir, die Angelegenheit sei erledigt.
Das war jedoch nicht der Fall.
Der Staatsanwalt hat sich der Sache angenommen, er hat, öffentliches Interesse vorliegend erachtend, Beleidigungsklage gegen den Redakteur Müller angestrengt. —

Der Erfolg der Agitation.

Der rührigen Agitation der Parteigenossen und Genossen ist zu danken, daß der Abonnentenstand der Volksstimme sich auch am 1. Juni gehoben hat. Nach Abzug derjenigen, die infolge Arbeitslosigkeit und Wegzug das Abonnement aufgeben mußten, sind neu hinzugegetreten im

Stadtteil Magdeburg (einschl. Werder, Friedrichstadt)	44	Abonnenten
Budau	15	"
Sudenburg	40	"
Neue Neustadt	6	"
Alte Neustadt	12	"
Wilhelmstadt	7	"
Fermersleben und Umgegend	23	"
Otterleben	17	"
Gröden	2	"
Diesdorf	3	"
Dahlemburg	2	"

In Summa 171 Abonnenten.

Außerdem sind hinzugekommen 46 Postabonnenten. Bravo! Geloben wir uns, so weiter zu wirken.

Der nächste Monatsbericht erscheint Anfang Juli.
Die nächste Strafliste für Monat Juni erscheint am 1. Juli. —

*) Nicht anwaltschaftliche Aktion, wie gestern versehentlich nochmals berichtet wurde. —

Herr Fischer.

Unseren Gegnern geht der Agitationsstoff aus. Das ist fatal! Um die eigenen Sünden und Schwächen zu verbergen, müssen sie einen Sündenbock konstruieren, auf den gehauen wird — dieser Sündenbock ist jetzt wieder die Sozialdemokratie. Die unglaublichesten Dinge werden verbreitet (im Reichstagswähler sind wir auf einige eingegangen), um die Partei zu verpöhlen, zu verlästern — den Vertretern der Sozialdemokratie wird kein gutes Haar gelassen. Aber je näher wir dem Wahltage kommen, je schwächer werden die Angriffe, die schmutzigsten Waffen sind verbraucht. Da aber unsere Gegner nicht anders als im Schmutze leben können, beginnt man mit der Wiederholung verbrauchter Redensarten.

Erwünschte Gelegenheit hierzu hat der bekannte frühere Prediger der christlichen Liebe und Barmherzigkeit, Herr Hüller, gegeben. Er hat die Broschüre des Korbmachers Fischer in „billiger Massenaufgabe“ herstellen lassen. Die antisemitischen Schmutzblätter verbreiten pflichtschuldig diese Kunde und die antisemitischen Agitatoren ziehen mit diesem Blüchlein unter die Heiden, diesen das Fischersche Evangelium predigend. Uns hat dies freudvolle Auffaugen der mit besonders starker Empfindungslosigkeit für Recht und Unrecht begabten Republikaner herzlich gefreut. Zeigt doch gerade durch emsige Verbreitung solcher Ungeheuer der Sammelmischmasch, wodurch allein er noch glaubt, Anhänger gewinnen zu können.

Angesichts dieser Thatsachen erscheint es angebracht, den Schlingling der Antisemiten unter die Lupe zu nehmen.

Wer ist Herr Ernst Fischer?

Ernst Philipp Fischer ist am 2. August 1865 zu Ebersdorf bei Sonnefeld, Staat Sachsen-Noburg-Gotha, geboren. Er behauptet in seiner Broschüre, Sozialdemokrat gewesen zu sein, einmal für eine harmlose Schlägerei eines Postbeamten als Thäter eingetreten zu sein, um diesen nicht um sein Brot zu bringen, wegen dieser angeblichen Schlägerei ein Jahr Gefängnis unschuldig erhalten und verbüßt zu haben, mancherlei Begünstigung seitens der Staatsanwaltschaft und Polizeibehörden, aber keinerlei Unterstützung seitens der bösen Sozialdemokraten erhalten zu haben. Stadthagen habe ihn schlecht verteidigt und gar noch in unbarmherziger Weise Gebühren von ihm eingetrieben.

Dem gegenüber steht folgender Sachverhalt.

Ernst Philipp Fischer war nie Sozialdemokrat, ist nie für andere eingetreten. Seine hier interessierenden Lebensschicksale waren vielmehr folgende. Am 30. Dezember 1885 wurde der Gewächsmann des Herrn v. Kardorff, der Mitarbeiter an der v. Stumm'schen Sozialistenverteilungslitteratur, Herr Fischer, mit zwei Monaten Gefängnis wegen Körperverletzung und Angriffe auf einen Beamten in Ausübung seines Amtes bestraft. Er hat dann wiederholt versucht, die sozialdemokratische Partei als melkende Kuh zu benutzen. Seine Versuche sind jedoch stets hinfällig, aber bestimmt zurückgewiesen worden. Im Januar 1890 wurde Fischer von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, den Schlächtermeister Hagedorn mittels eines Messers vorfälschlich und in Gemeinschaft mit anderen körperlich mißhandelt zu haben. Dieser Anklage lag keineswegs das Eintreten für einen anderen, sondern folgender Sachverhalt zu Grunde: Fischer befand sich am 3. November morgens gegen 6 1/2 Uhr mit mehreren seiner Bekannten auf dem Heimwege von einem Tanzkränzchen. In der Belfortstraße versuchte Fischer den Hund eines Nachbarn des Schlächtermeisters Hagedorn fortzunehmen. Hagedorn sagte deshalb zu ihm, „es sei doch unrecht von ihm und seinem Freunde, mit dem Hunde seines Nachbarn solchen dummen Streich zu machen.“ Darauf versetzte Fischer dem Schlächtermeister Hagedorn sofort einen Stich mit einem Messer. Dieser Stich traf die linke Seite des Hinterkopfes und verursachte eine blutende Wunde. Hieran schloß sich eine Prügelei, bei der auch die Begleiter des Fischer gegen Hagedorn eingriffen und bei der Hagedorn noch zwei weitere Stiche, einen auf den Kopf, einen auf die Oberfläche der rechten Hand erhielt. Ob diese beiden Stichwunden ebenfalls von Fischer zugefügt waren, ließ sich aus dem Ermittlungsverfahren nicht mit Sicherheit entnehmen. Nachdem der Verteidiger, damaliger Rechtsanwalt Stadthagen, diesen Sachverhalt aus den Akten ersehen hatte, ersuchte er Fischer um Besuch. Er hielt nun

Fischer vor, daß mit Rücksicht auf die Noheit des ohne jede Veranlassung unternommenen Angriffs ihn zweifellos eine sehr empfindliche Strafe treffen würde. Fischer gab zu seiner Entlastung die Namen einiger Personen an, die bekunden sollten, daß er lediglich mit der flachen Hand dem Hagedorn ins Gesicht geschlagen und daß Hagedorn ihn mit einem Wurfspeer verfolgt habe. Der Verteidiger versuchte Fischer klar zu machen, daß die Aussagen der von ihm angegebenen Personen, selbst wenn diese nicht selbst an der Schlägerei beteiligt gewesen sein sollten, belanglos seien. Denn es stehe fest, daß Fischer den ersten Schlag geführt und daß dieser erste Schlag eine blutende Wunde am Hinterkopf verursacht habe, sowie daß Hagedorn im Verlauf des gemeinschaftlich gegen ihn verübten Ueberfalls abermals wiederholt mit einem Messer gestochen sei. Er riet ihm, nicht durch offenbar unwahre Angaben seine Lage zu verschlimmern. Die Zeugen zu laden, lehnte er ab und stellte ihm anheim, die Zeugen selbst zu laden oder einen auf Ladung gerichteten Antrag bei Gericht zu stellen. Hauptverhandlungs-Termin vor der Strafkammer wurde zunächst auf den 27. Februar, dann auf den 27. März 1890 anberaumt. Im letzteren wurde die zweifelhafte Schuld Fischers festgestellt und Fischer mit Rücksicht auf seine an den Tag gelegte Noheit und auf seine Vorbestrafung zu der Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Wegen Aussichtslosigkeit lehnte der Verteidiger die Einlegung eines Rechtsmittels ab. Das ist der Sachverhalt, wie ihn die Akten J. I. D. 1092 de 89 des Landgerichts Berlin I aufweisen.

Diese Akten ergaben weiter, daß dieser Prozeß nicht das geringste mit der Sozialdemokratie zu thun hatte, daß insbesondere die Fink-Fischersche Behauptung, Fischer sei in diesen Akten „als Agitator der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ bezeichnet, eine faustdicke Unwahrheit ist. Die Gebühren und Auslagen blieb Fischer bis heute seinem Verteidiger schuldig.

Der Meißnerheld Fischer erhielt während seiner Strafverbüßung eine Reihe von Begünstigungen, die wegen politischen Vergehens Verurteilten nicht immer zu teil zu werden pflegen.

Späterhin wurde er wegen Betruges (er hatte einen Kinderwagen gekauft, zu bezahlen vergessen, aber verkauft) mit einigen Wochen Freiheitsstrafe bestraft.

Erwähnung mag endlich sein Verhältnis zu seinem Schwager finden. Diesem Schwager schrieb er einmal: „Weißt Du Lump noch, daß Du mir armen Menschen vor dem Palais des Kaisers senden wolltest, um dort eine Dynamit-Bombe zu werfen? Mir armen Menschen wolltest Du zum Werkzeug Deiner anarcho-sozialistischen Pläne benutzen. In Brandenburg a. H. hast Du Lump Deine Wohnung zu geheimen sozialdemokratischen Versammlungen hergegeben, Dich Lump bringe ich auf das Zuchthaus.“ Dieser lebenswürdige Brief bildete die Antwort auf die Bitte, dem Schwager die schuldigen 45 Mark zu erstatten. Einige Jahre später schickte der Ehrengewächsmann Ernst Fischer an seinen Schwager einen Brief, der Uebersendung von Geld unter Drohung mit einer Betrugsanzeige verlangt und dem eine nicht echte Gessionssurkunde beilag.

Nun viel Glück, Ihr Ordnungshelden mit der Agitation durch die „Massenaufgabe“ der Broschüre des „Korbmachers“ Fischer. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die freie Konkurrenz in „monarchischer Gesinnung“.
Nach Ansicht der Antisemiten sind die Juden „nicht würdig“, sich auf „monarchische Gesinnung“ zu berufen und sich „Deutsche“ zu nennen. Die antisemitischen „Patrioten“ werden nicht wenig erobert sein, folgende Berliner Meldung vom 1. Juni in den Zeitungen zu finden: „In der heutigen ersten Sitzung der Generalversammlung des „Rabbinerverbandes in Deutschland“, die von 120 Mitgliedern besucht ist, stellte das Ausschußmitglied Rabbiner Dr. Rahmer-Magdeburg den Antrag auf Abfindung eines Erbenheitstelegramms an den deutschen Kaiser, in dem ausgesprochen wird, daß die Rabbiner Deutschlands es als ihre heiligste Pflicht und Aufgabe betrachten, von Kanzel und Katheder den jüdischen Seelsorge anvertrauten Ges-

Wachtung! Reichstagswähler!

Dienstag abend: **Versammlung im Luisenpark.**

Tages-Ordnung:

Die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Referent:

Dr. Bruno Schönlanck, Reichstagskandidat für Breslau.

meinden die treueste Liebe zu Kaiser und Reich, die aufopferungsvollste Hingebung an das deutsche Vaterland und die Förderung aller nationalen Bestrebungen beschließen einzutragen. Der Antrag wurde mit Jubel einstimmig angenommen und das Telegramm sofort abgesandt." Da hat die antisemitische Presse wieder Stoff zu eifrigen Abhandlungen. —

Ein geheimes Erfaß.

Berlin, den 10. Januar 1898.

Es ist uns erwünscht, darüber unterrichtet zu werden, ob und inwieweit unmittelbare Staatsbeamte unseres gemeinschaftlichen Ressorts und der Verwaltung des Innern an Fachvereinen (Bereinigungen bestimmter Beamtencategorien, Militäranwärtervereine und dergl.) sowie an Fachzeitschriften, insbesondere an solchen beteiligt sind, die den Zweck haben, die dienstlichen Interessen der Verbandsmitglieder durch Vertretung vor den vorgesetzten Behörden und gelegentlichen Körperschaften wahrzunehmen und Wünsche oder Forderungen der beteiligten Beamtenschaft der vorgesetzten Behörde oder der königlichen Staatsregierung gegenüber zu verfechten. Wir ersuchen deshalb um eine thunlichst baldige vertrauliche Auskunft, event. unter genauer Bezeichnung der betreffenden Vereine und Zeitschriften.

Der Finanzminister.

Der Minister des Innern.

gez. v. Miquel.

gez. von der Rede.

Bekannt gegeben im Centralorgan der sozialdemokratischen Partei — zehn Tage vor den Wahlen zum deutschen Reichstage. Das genügt! Die Beamten des Reichs wissen nunmehr wie man seitens der Regierung über den freien Willen der Beamten urteilt. **Beamten wählt Sozialdemokraten.** —

Getreidepreise und Getreidezölle.

Die Agrarier und ihre Bundesgenossen, die Antisemiten, behaupten stets, die Getreidezölle verteuerten den Brotpreis nicht. Zum Beweise dieser Behauptung weisen sie auf Frankreich hin, wo die Suspendierung der Getreidezölle den Konsumenten keinen Nutzen gebracht habe, sondern ausschließlich den Spekulant zu gute gekommen sei. Die Frankfurter Zeitung führt nun den ziffermäßigen Nachweis, daß vom 25. April bis 1. Juni im Weltmarktverkehr zu Antwerpen der Doppelcentner Weizen um 2 Frank im Preise gestiegen ist, der Preis in Paris um 3,10 Frank zurückging. Daß der Preis in Antwerpen ohne die französische provisorische Zollaufhebung nicht gestiegen sein würde, ist eine rein willkürliche, durch nichts erwiesene Behauptung, denn die Steigerung ist an allen zollfreien Märkten ungefähr die gleiche gewesen. Damit ist wohl der Beweis erbracht, daß Kornzölle Brotpreiser bedeuten. —

Die Agrarier und die Gänseinfuhr.

Als ein „kleines Mittel“ bezeichnen die notleidenden Agrarier das Verbot der Gänseinfuhr nach Deutschland. Aber nicht alle dieser hochbedenken Herren denken so. In einem Flugblatt für den konservativen Kandidaten im Kreise Tilsit-Niederung, Grafen Bourtales, heißt es wörtlich: „In der für die Kreise Tilsit und Niederung wichtigen Frage des Gänsehändels, wie solcher bisher bestanden hat, ist Graf Bourtales der Ansicht, daß den lokalen Verhältnissen gemäß eine Unterdrückung dieser Gänseinfuhr weder geboten noch erprießlich für die Wohlfahrt der Bevölkerung unserer Gegend ist.“ — Die russischen Gänse werden bekanntlich von den deutschen Landwirten an der russischen Grenze gemästet und dann mit Vortheil verkauft. Man sieht auch aus diesem Beispiel, wie die Agrarier selbst für die sogenannte „Ueberschwemmung“ mit ausländischen Produkten eintreten, wenn sie ihrerseits Nutzen davon zu haben glauben. —

Politische Ausübung der Krawalle in Erfurt.

Wie wir schon berichteten, fanden in Erfurt einige Abende hintereinander Straßenaufläufe statt, die sich gegen einen Polizeikommissar und dessen Anordnungen über den Aufbau eines Circus richteten. Es kam zum Handgemenge zwischen Polizei und Publikum, wobei einige Personen verletzt wurden. Der Oberbürgermeister von Erfurt behauptete nun, die Schuld an diesen Vorfällen trage die verheerende, antisemitische Sozialdemokratie. Mit dieser oberbürgermeisterlichen Behauptung beschäftigte sich nun kürzlich eine Versammlung in Erfurt. Es wurde konstatiert, daß unter den Verhafteten nicht ein einziger gewerkschaftlich oder politisch organisierter Arbeiter sich befindet. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die die blutigen Ereignisse bedauert, einen großen Teil der Schuld an der Ausdehnung des Krawalls in dem Uebereifer zweier bei der ganzen hiesigen Bürgerschaft mißliebiger gewordenen Exekutivpolizeibeamten findet. Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen die jedes Beweises entbehrenden oberbürgermeisterlichen Behauptungen, sie sieht mit dem Gefühl der Verachtung auf den total gescheiterten Versuch herab, die Ursache der Vorkommnisse gerade jener Partei in die Schuhe zu schieben, die nachweislich durch Anschlag an den Wafentäuseln die Bürgerschaft zuerst zur Ruhe ermahnt, vor Betheiligung an den Exzessen und Betreten des Tumultplatzes gewarnt hat. —

Die Erfurter Krawalle und das Reichstagswahlrecht.

Die Deutsche Tageszeitung entblättert sich nicht, die Verdächtigung auszusprechen, daß die Erfurter Krawalle auf Theilnahmen über die Gefährdung des Reichstagswahlrechts zurückzuführen seien. Sie behauptet nämlich, eine

Anzahl von Tumultuanten habe ausgefagt, die Gefährdung des Reichstagswahlrechts sei der Grund für ihre Ausschreitungen gewesen und bemerkt dazu: „Die Herren Müller, Fulda und Dr. Bachem befinden sich also in guter Gesellschaft. Die Wirkung der Verhegung ist prompt eingetroffen. Vielleicht hegen die Herren, die unausgesetzt trotz aller Dementis die Behauptung aufrecht erhalten, es bestehe ein geheimes Plan zum Staatsstreich, jetzt doch einige Bedenken, ihre Hege fortzusetzen.“ Es verlohnt sich nicht, auf diese Albernheiten näher einzugehen. Uebrigens darf man wohl auch fragen, woher denn das Völklerblatt seine angebliche Nachricht hat. Wenn sie wirklich wahr wäre, wünte sie ihm nicht ohne Verletzung eines Amtsgeheimnisses zugetragen sein.

Sozialdemokratie und Handlungsgehilfen.

In Hamburg faßte der Verbandstag kaufmännischer Vereine eine Resolution, welche die Regierung um den Erlass eines Gesetzes ersucht, betreffend die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe, auf Grund der durch die Enquete der Reichskommission für Arbeiterstatistik festgestellten Thatsachen, sowie die Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte nach dem Vorbild der Gewerbegerichte, die Einführung von Fortbildungsschulen mit Schulzwang für ungenügend vorgebildete männliche und weibliche Lehrlinge fordert. Wenn sich die Handlungsgehilfen die verschiedenen politischen Parteien und deren Stellungnahme zu diesen Forderungen genau ansehen, dann werden sie zugeben müssen, daß bisher nur die Sozialdemokratie entschieden für diese Forderungen eingetreten ist. —

Die Feuerbestattung in Bayern.

Der Münchener Verein für Feuerbestattung hatte bei der bayerischen Abgeordnetenkammer um Zulassung der fakultativen Feuerbestattung petitioniert. Am Sonnabend beschloß die Kammer das Gesuch der Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu übergeben. Dadurch ist die Regierung genötigt, der Frage näher zu treten. —

Der verklagte Landwehrverein.

Der Witthauer Wolff in Berlin, der Schöpfer des Kriegerdenkmals in Erfurt verklagte sämtliche 88 Mitglieder des Landwehrvereins Erfurt wegen einer Forderung auf das Denkmal in Höhe von 2150 Mark. Wie kann der Mann auch für solch einen patriotischen Zweck Bezahlung verlangen. Wenn er nun sein Geld nicht erhält, muß er wohl das Denkmal pfänden lassen. —

Nachrichten aus dem Auslande.

Unsere Parteigenossen in der französischen Kammer veröffentlichten ein Manifest an die französische Nation. Das Manifest erklärt den festen Entschluß der Gruppe, gerade in den kritischen Zeitläuften trotz der chauvinistischen Hege die Grundsätze der Gerechtigkeit und die Forderung der sozialen Emancipation thätkräftig zu verfechten. Dann heißt es: „Treu den Lehren der großen Revolution wollen wir allen die freie Verfügung über die Arbeitsmittel und den Arbeitsertrag sichern, wir wollen die mörderischen Wirkungen der kapitalistischen Monopolen gipfelnden Konkurrenz, die Raubgier der Hochfinanz bekämpfen und die Sozialisierung der Produktionsmittel vorbereiten. Dem geschichtlichen Recht, geschaffen durch die Gewalt, setzen wir das Recht der Nationalitäten entgegen, das auf einen brüderlichen Frieden unter den frei über sich verfügenden Völkern gegründet ist, dem internationalen Kapitalistenbunde das internationale Einverständnis der Arbeiter. Gefordert werden Reform des Militärdienstes, Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft, die progressive Einkommensteuer. Jeder sozialpolitische Vorschlag, der auf Erfolg der Arbeiterschaft Ziele, unterstützt werden.“

Die Wahlen zu den Provinzialräten in Belgien haben sich in größter Ruhe vollzogen. Soweit Nachrichten bis jetzt vorliegen, behalten in den Provinzen Antwerpen, Namur, Limburg, Luxemburg und in den beiden Flandern die Katholiken eine starke Mehrheit. In der Provinz Brabant verliert die katholische Minderheit mehrere Sitze an Sozialisten oder Liberale. In Brüssel findet Stichwahl zwischen drei Liberalen und zwei Katholiken gegen einen Sozialisten statt. In Hennegau verlieren die Liberalen acht Sitze zu Gunsten der Sozialisten. In Flandern verlieren die Liberalen zwei Sitze. In der Provinz Lüttich scheinen die Sozialisten an Terrain verloren zu haben. In den flandrischen Provinzen wurden mehrere christliche Demokraten, die gegen Katholiken aufgestellt waren, nicht gewählt. —

Ueber Unruhen in Prag anlässlich einer Sozialisten-Versammlung am Sonntag melden bürgerliche Blätter folgendes: In einer kürzlich verlaufenen Sozialisten-Versammlung kam zur Sprache, daß am Pfingstmontag, dem Jahrestage der Schlacht am Berge Lipan, ein am Spaner Denkmal von den Sozialdemokraten niedergelegter Kranz von tschechisch-nationalen Arbeitern abgerissen und vernichtet und bei der Rückfahrt nach Prag ein Sozialdemokrat schwer

verwundet worden war. Nach Schluß der Versammlung kam es vor dem Gebäude der „Marobni Bisth“ zu einer Demonstration der Sozialdemokraten, welche unter Vereinfachen Schilder abriffen, Fenster zertrümmerten und an dem Gebäude Beschädigungen anrichteten. Nach einer halben Stunde erschien eine Polizeibeamten, welche die Demonstranten zerstreute. Passanten, welche die Sozialdemokraten an dem Zerstückungswert zu hindern versuchten, sollen mit Todschlag bedroht worden sein. Die Nachricht scheint tendenziös aufgebauscht zu sein, weshalb dieselbe mit großer Vorsicht aufzunehmen ist. —

Spanien und die Vereinigten Staaten.

Vom Kriegsschauplatz.

Der Nachrichtendienst vom Kriegsschauplatz ist verärgert mangelhaft und unzuverlässig, daß es oft schwer wird, aus dem Gewirr von Meldungen sich ein klares Bild der Sachlage zu machen. Auf beiden Seiten nimmt man es mit der Wahrheit nicht sehr genau. Nach wie vor beanspruchen die Ereignisse vor Santiago de Cuba das größte Interesse, da dort demnächst die Entscheidung fallen muß. Es scheint nunmehr doch so, als ob der Erfolg der Spanier am Freitag bedeutend überschätzt worden ist. Während bis zum Sonnabend auch aus New-York Meldungen vorlagen, die so gefaßt waren, daß man in der Vernehmung des „Merrimac“ einen schweren Verlust der Amerikaner sehen mußte, gewinnt die Sache durch amtliche Kundmachungen aus Washington und eine damit übereinstimmende Privatmeldung aus London ein anderes Gesicht. Danach haben die Amerikaner abtätlich ein älteres Hilfschiff vorgeschickt und selber in den Grund geböhrt, um damit den engen Eingang zur Bucht von Santiago zu sperren und den spanischen Schiffen das Auslaufen unmöglich zu machen. Nach amerikanischen Berichten wäre dieser Plan vollkommen geglückt. Die Spanier berichteten zuerst, es sei ihnen gelungen, das Wrack des „Merrimac“ mit Dynamit zu sprengen. Neuerdings aber giebt man zu, daß das Wrack noch im Kanal liege, mit dem Bemerkten, es sperre nicht ganz die Schifffahrt. Erst die Ereignisse der nächsten Tage — inzwischen sind auch amerikanische Landtruppen unterwegs, die Santiago vom Festlande her angreifen sollen — werden zeigen, welchen Berichten man trauen darf. —

Einem spanischen Blatte wird aus Santiago de Cuba gemeldet: Das aus 20 Schiffen bestehende amerikanische Geschwader begann Sonnabend abend 10 Uhr das Bombardement von neuem. Dasselbe dauerte 45 Minuten, doch erreichten die Geschosse die Batterien nicht, die deshalb auch gar nicht antworteten. —

Ein Befehl des Generals Blanco unterjagt den auswärtigen Zeitungskorrespondenten den Aufenthalt auf Cuba. Diejenigen Korrespondenten, welche diesen Befehl übertreten, sollen als Spione angesehen und dem Militärstrafgesetz gemäß abgeurteilt werden. —

Einen Appell an die europäischen Großmächte plant die spanische Regierung. Im spanischen Ministerrat brachte am Sonntag der Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Reihe von Mitteilungen zur Kenntnis des Ministerrates, die den Mächten unterbreitet werden sollen, weil sich aus ihnen angeblich eine Verletzung des Völkerrechts seitens der Amerikaner ergibt. —

Nachrichten aus Magdeburg.

Die Wahlbezirke sind in der hiesigen Presse bekannt gegeben worden. Der Wahlkreis Magdeburg weist 83 Wahlbezirke auf. Es ist bezeichnend für hiesige Verhältnisse, daß auch in diesem Falle die Volkstimme übergegangen ist. Nun die Sozialdemokraten werden die Wahllokale dennoch erfahren und am 16. Juni ihre Schuldigkeit thun. —

Sozialdemokratische Arbeitgeber. Unter dieser Stichmarke hatte vor wenigen Tagen die Magdeburgische Zeitung einen von Verleumdungen strotzenden Artikel gegen die Sozialdemokratie vom Stapel gelassen, der dem hiesigen Antisemitenblättern so gut gefiel, daß es ihn unter Quellenangabe nachdruckte. Das nimmt uns natürlich nicht Wunder, denn weshalb sollte sich das Organ für Demuzianten, Verleumder und Ehrabschneider die Gelegenheit entgehen lassen, auf so bequeme Art der Sozialdemokratie eins auszuwichsen. Letztere kann es aber vertragen. Sie verzichtet mit großem Bedauern diesen neuen Beweis für die innige Idengemeinschaft, welche zwischen dem Organ der Brienjobber und „Judenstüßlinge“ und dem Organ des deutschen „Edelvolkes“ herrscht, in Erinnerung an das alte Sprichwort von dem Pech, welches sich schlägt, aber auch verträgt. Beide würdigen Blätter finden sich immer zusammen, wenn es sich um die Bekämpfung der Sozialdemokratie handelt, wobei es ihnen ausnehmend ein großes Vergnügen bereitet, sich einer Kampfesweise zu bedienen, welche von anständigen Menschen auf das entsetzlichste verurteilt wird. Wenn es Vergnügen macht, im Schmutz zu waten, den soll man diesem, seinem Lebenselement, nicht entziehen. Deshalb gönnen wir den beiden Organen für „teufliche Art und Sitte“ ihr Vergnügen. —

Das hiesige Antisemitenblatt schreibt gelegentlich einer von ihm versuchten Abwehr verschiedener Angriffe: Weil die Gegner selbst fühlen, wie kindlich diese Vorwürfe sind, versuchen sie's auch wohl mit Entstellung der Wahrheit. Nur ein Beispiel: Die Antisemiten sollen für die Umsturzvorlage gewesen sein. Gelingen Schüller an Schüller mit Freisinn und Sozialdemokraten haben sie bekämpft. Diese Gesellschaft war ihnen freilich nicht angenehm, wo es aber um die Volksrechte ging, nahmen sie selbst das in den Kauf. Das Blatt hätte besser daran gethan, diese Angelegenheit nicht zu berühren, denn einen Ruhmeskranz hat sich die antisemitische Fraktion nicht erworben bei der Beratung der Umsturzvorlage. Die Dinge lagen tatsächlich so, daß die Antisemiten anfänglich beschlossen, die Umsturzvorlage abzulehnen. Als Fraktionsredner schickten sie den Abgeordneten Niebermann von Sonnenberg ins Feld und der sprach für die Umsturzvorlage. Als das Centrum dann in der Kommission die Vorlage in seinem Sinne ausgearbeitet hatte, da allerdings waren die Antisemiten gegen die Vorlage, aber nicht weil sie „um die Volksrechte“ kämpften, sondern aus Abneigung gegen den Ultramontanismus. Unsere Leser werden danach entscheiden können, wer liegt. —

Die Protest-Versammlung gegen die Umstazsteuer, welche am Montag abend in der Freundschaft tagte, war recht gut besucht. Der Referent, Genosse Fels aus Leipzig, hielt einen sehr instruktiven, von großer Sachkenntnis zeugenden Vortrag, in welchem er die Folgen einer Umstazsteuer, die Erfahrungen, welche man andwärts damit gemacht hat, und die verschiedenen Parteien in ihrer Stellung zur Umstazsteuer charakterisierte und namentlich den Kaufleuten klar machte, wie diese gegen ihr eigenes Interesse handeln, wenn sie für diese Steuer eintreten. Im Anschluß an das Referat wurde die Abstimmung über die verschiedenen Reichstagskandidaten zur Umstazsteuer präpariert. Von den vier Herren war keiner erschienen, dagegen

hatten zwei Schriftlich ihre Ansichten über die Steuer geäußert. Herr Buchswehr hat zwar auch geschrieben, aber, echt nationalliberal, den Kern der Sache nicht berührt. Er will sich in einer Wählerversammlung äußern, von deren Besuch die sozialdemokratischen Wähler ausgeschlossen sind. Kurz und bündig hat sich Herr Raßbach gegen die Steuer ausgesprochen, die er für ungerecht erklärte, während die Stellungnahme unseres Genossen Pfannkuch durch den Genossen Müller erläutert wurde. Herr Dr. Lindström hat es nicht für der Mühe wert gehalten, zu antworten auf das ihm zugegangene Schreiben. Einer seiner Genossenschaftsmitglieder in der Diskussion zur Entschuldigang aus, der Herr Dr. Lindström habe den Brief erst am Sonnabend, eine Stunde vor seiner Abreise nach Magdeburg, erhalten und daher seine Zeit mehr gefunden, um ihn zu beantworten. In der Diskussion versuchten mehrere antisemitische Redner die gegen ihre Partei erhobenen Angriffe zu entkräften, was ihnen jedoch herzlich schlecht gelang. Teilweise nahm die Versammlung dabei einen turbulenten Charakter an, was auf die bekannten antisemitischen Gesinnungen zurückzuführen ist, die durch großen Habak die inneren Widersprüche vertiefen sollen.

Die Unzufriedenheitsversammlung in der Freundschaft wäre beinahe gescheitert an der Weigerung des Wirtes, sein Lokal herzugeben. In letzter Stunde wollte der Herr noch seine Zusage zurückziehen, weil er dem Einberufer schriftlich und verschiedenen anderen Personen mündlich erklärte, die Versammlung einen andern als dem gedachten Zwecke dienen sollte und einen politischen Charakter annehme. Wahrscheinlich sollte das heißen: sozialdemokratischen Charakter, denn anderen Parteien wird ja der Saal anstandslos zu politischen Zwecken zur Verfügung gestellt. Es wäre übrigens recht interessant zu erfahren, wer wohl die Versammlung dadurch zu hinterziehen versuchte, daß dem Wirt die Freundschaft eine falsche Meinung über den Charakter der Versammlung beigebracht wurde. Wir haben unsere eigenen Ansichten darüber, die wir aber aus leicht begreiflichen Gründen für uns behalten. Allzu großer Mühe bedarf es indes nicht, um auf die rechte Fährte zu gelangen und die treibenden Kräfte zu ermitteln, welche auf die geschilderte Art und Weise die Versammlung zu hinterziehen versuchten.

Die Postunterbeamten, die im vorigen Jahre einen Erholungsurlaub hatten, müssen in diesem Jahre darauf verzichten. Den übrigen sind 7 Tage gewährt. Weshalb die hiesige Oberpostdirektion den Postunterbeamten nur 7 Tage Urlaub gewährt, während die Assistenten 10 Tage erhalten, ist uns nicht recht klar. Wir sind der Meinung, daß an die Arbeitskraft beider Beamtencategorien gleichmäßige Anforderungen gestellt werden, weshalb man ihnen auch wohl einen gleichmäßigen Urlaub gewähren könnte.

Falsche Fünfsmarkeine sind hier in Umlauf. Die Kennzeichen derselben sind folgende: Das Papier ist kein Faserpapier mit Wasserzeichen, sondern gewöhnliches Schreibpapier, in welches die Fasern nach erfolgter Aufsechtung hineingepreßt sind, zum Teil sind die Fasern auch durch Linienstriche nachgebildet; die Verweissung der Scheine ist durch Steindruck erfolgt, das quadratische Feld der Markseite ist handschriftlich, unter Verwendung von Feder und Pinsel ausgeführt. Ferner zeigt die Bezeichnung beider Seiten viele Unregelmäßigkeiten, namentlich fehlt die Zeichnung der Aderkette, welche sich um den preussischen Adler in der Umschreibung des Reichsadlers schlingt, vollständig; der hierfür vorhandene Raum ist nur blank abgeteilt. Die Worte „Fünf Mark“, der Kontrollstempel und die Nummer sind durch Steindruck in leuchtend-roter Farbe hergestellt, auch halten die Rissen und Buchstaben der Nummernreihe nicht Linie. Ein leichtes Erkennungszeichen der falschen Fünfsmarkeine ist die Verwahrbarkeit der blauen Farbe auf der Markseite der Scheine.

Wie schon berichtet, ist in Berlin abermals ein Raubmord verübt worden. Die Polizeibehörde veröffentlicht folgendes Signalment des mutmaßlichen Täters, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 1000 Mark gesetzt ist. Alter etwa in den 20er Jahren, mittelgroß, dunkles Haar, kleiner dunkler Schnurrbart. Bekleidung: Dunkler Gehrock, dunkle Hose, weißer Strohhut mit gerader Krone und schwarzem Bande.

Vermutlich Selbstmord verübt hat der Gerichtsassessor kontrollleur Wilhelm Raich aus Naumburg a. S., 50 Jahre alt, 1,70 Meter groß, mit dunklem gelichteten Haar, dunklem weiß-melktem Vollbart, der sich am 29. vorigen Monats aus der Herdenheilanstalt Jena unter Umständen entfernt hat, daß der Vermittler die Absicht gehabt hat, sich das Leben zu nehmen. Die Angehörigen des R. haben für das Auffinden eine Belohnung von 50 Mark ausgesetzt.

Unfälle. Der Telegraphenarbeiter Hermann B. ist von der Leiter gefallen und hat sich dabei beide Arme gebrochen. Der Streckenarbeiter Karl D. hat sich beim Rangieren auf dem Elbbahnhof Unterwerk mehrere Kopfverletzungen zugezogen. Der Hausbursche Gustav G.

hat sich beim Transport eines Bierfasses zwei Finger der linken Hand gequetscht. Der Arbeiter Koschus R. ist in einem Hause in der Stendalerstraße von der Treppe gefallen und hat sich dabei den linken Fuß verstaucht. Die Verletzten fanden Aufnahme in der altsäblichen Krankenanstalt.

Nachrichten aus der Provinz.

In Westerbäsen hatte sich ein Dieb in die Kammer des Handlungers zum „Goldenen Schiff“ eingeschlichen und unter dem Bett verborgen. Als man den Spitzbuben entdeckte, hatte er bereits einen Anzug, Hut, Etui, Uhr und etwas Geld in einem Bündel zusammengepackt. Der Eindringling wurde dem Amtsgerichtsgefängnis in Budau zugeführt. In Wroba bei Delitzsch war ein 18jähriger Hohnsch mit Dillgerfahren beschäftigt, wobei ihm die Pferde durchgingen. Der arme Bursche wurde vom Wagen herabgeschleudert und kam so unglücklich zwischen den Wagen und einen Baum zu liegen, daß ihm der Kopf abgequetscht wurde. Der Verunglückte war sofort eine Leiche. In Wächeln entstand in der Scheune eines Kossaten ein Brand, der in kurzer Zeit das ganze Gehöft und das des Nachbarns Forst vollständig in Asche legte. Da sämtliche Gebäude noch mit Stroh gedeckt waren, verbreitete sich das Feuer so schnell, daß die Bewohner kaum das nackte Leben retten konnten. Alles Mobiliar, das Wirtschaftsinventar, mehrere Kinder, Schweine und Hühner wurden ein Raub der Flammen. Böswillige Brandstiftung wird vermutet. In Parchau starb die Frau eines Maurers von der Scheune herab und zog sich hierbei einen Schädelbruch und Gehirnverletzung zu. Die Unglückliche war sofort tot.

Frauen und Mädchen, vergeßt nicht, daß den Sozialdemokraten alle größeren Säle gesperrt sind.

Nachrichten aus dem Reich.

Ueber den neuen Raubmord in Berlin macht die Polizeibehörde folgendes bekannt: Heute (Sonntag) morgen um 7 Uhr ist die bei dem Schneidermeister Nidel, Dronienstraße 89, vier Treppen, wohnhafte, am 26. März 1874 zu Berlin geborene Prostituierte Bertha Singer, geb. Bredt mit durchschnittener Kehle in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Da sämtliche Verhältnisse, wie Blutspuren ergeben, von dem Täter durchwühlt sind, liegt anscheinend Raubmord vor. Es ist anzunehmen, daß der Täter sich stark mit Blut bedeckt und vielleicht auch verletzt hat. Gestern (Sonntag) abend um 10 1/2 Uhr hat die Ermittlung mit einem Manne ihr Wohnhaus betreten; dieser Mann hat in der Zeit zwischen 12 und 1 Uhr das Haus allein verlassen. Auf die Ergreifung des Täters werden 1000 Mark Belohnung gesetzt. Der Dampfer „Pauline Häubner“ fuhr Sonntag Morgen 4 Uhr beim Verlassen des Hafens in Steintin infolge Versagens der Maschine gegen die Eisenbahnbrücke, welche über die Parnitz führt, und stürzte dabei so starke Verwundungen an, daß die Güter- und Ertragslade nicht abgelassen werden konnten. Auch der Personenverkehr auf den fahrplanmäßigen Zügen konnte nur durch Umsteigen aufrecht erhalten werden. Menschen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen. Ein von Wittenwalde kommender Personenzug stieß kurz vor der Einfahrt in die Luftschleuse des Oberschlesischen Bahnhofes in Wreslau mit einem Rangierzuge zusammen. Zwei Güterwagen wurden zertrümmert und eine Lokomotive beschädigt. Aus Berlin meldet die Welt am Montag eine neue Standaalaffäre. Vor kurzem erfolgte ganz unter der Hand die Verhaftung einer Pensionatsbesitzerin, die unweit des Magdeburger Platzes längere Zeit hindurch eine hochelegante Wohnung unterhielt. In den Salons dieser Dame haben sich Dinge abgespielt, die sich nur anderten lassen. Die Vermittlerin glänzender Heiratspartien hat es anscheinend mit seltenem Raffinement verstanden, heiratsunfähige Mädchen auf Abwege zu bringen; eines ihrer Opfer ist ihre eigene Schwester. Als ganz besondere Spezialität übte sie das Handwerk der Erpressungen. Auf diesen Umständen ist in letzter Zeit die Verhaftung zurückzuführen. In der hiesigen Papierfabrik bei Pirna explodierte ein Trochencylinder; die herumstehenden Säcke töbten einen Maschinisten, verletzten drei andere Arbeiter und ver-

wüsteten den ganzen Saal und alle Maschinen. Ein durch ein Fenster stiegendes Glas verletzte einen vorüberfahrenden Bierkutscher am Kopf. In Köln wurde eine Rentnerin festgenommen, welche an den Abfertigungen der Hongsong-Schlaghalbanst beteiligt ist und in deren Wohnung für eine Million Falschfalsche angefertigt wurden. Die beschlagnahmten Steine, sowie die sonstigen Apparate sind beschlagnahmt.

Soziale Bewegung.

In Emdorf dauert der Streik der Steinbrucharbeiter fort. Arbeitswillige haben sich nicht gemeldet. Der Streik der Tischler in Dessau ist beendet.

Die Dachwerker von Münster haben den Meistern folgende Forderungen unterbreitet: Arbeitszeit: 10 Stunden; Stundenlohn: 40 Pfg. Turm- und Zehrarbeit werden pro Stunde mit 50 Pfg. bezahlt. Für Ueberstunden ist jedoch ein Aufschlag von 25 Prozent zu zahlen. Nacht- und Sonntagsarbeit wird nur dann geleistet, wenn Menschenleben in Gefahr sind oder die Art der in Frage stehenden Arbeit einen Aufschub nicht zuläßt. Für Nacht- und Sonntagsarbeit ist doppelter Stundenlohn zu zahlen. Accord-Arbeit wird nicht mehr geleistet. Die Meister haben diese Forderungen abgelehnt, worauf die Gehilfen am 2. Juni ihre Kündigung eingereicht haben.

Die Zahl der ausständigen Maurer in Wühlheim a. Rh. beläuft sich auf 120; 70 Mann arbeiten noch.

Der Streik der Münchener Holzbildhauer ist als beendet zu betrachten. Sämtliche größere Möbelfabriken haben den Neunstundentag bewilligt.

In der Schuhfabrik von Regenstein in München ist ein Streik ausgebrochen, an dem 105 Personen beteiligt sind. Die Ursache bilden die fortwährenden Lohnunterschiede und Maßregelungen.

Vereine, Versammlungen, Vergütungen.

Mittwoch, 8. Juni:

Turnverein „Fahn“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Berbster Bierhalle“, Schöningerkstraße 29. Männer-Gesangsverein „Gorwäs“, Alte Meißelstr. Jeden Mittwoch abends 8 Uhr Übungsstunde bei Hentls, Moistenstraße. Männer-Chor „Fidelio“, Budau. Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Dienemann, Coquilstraße 10. Männer-Turnverein Westerbäsen. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr, Turnstunde im weißen Hirsch. Männer-Gesangsverein „Dr. Ottersleben“. Jeden Mittwoch abend Übungsstunde bei U. Waale.

Letzte Nachrichten.

Halle. Sämtliche Unternehmer haben ihre Maurer ausgesperrt.

New York. Das Evening Journal veröffentlicht eine Depesche aus Kap Spatien, nach welcher am 6. Juni früh bei Tagesanbruch amerikanische Truppen wenige Meilen von Santiago bei Agnadonez ausgeschifft wurden. Die Geschütze des Geschwaders des Admirals Sampson hätten die Landung unterstützt, nachdem sie zunächst die Strandbatterien zum Schweigen gebracht hätten.

Quittung.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter ging ein: Von Schintz-Dövenstedt von einem Tanz 5,75. — Von Hiesfeld-Dövenstedt von 2 Tänzen 6,20. — Vom Dachdecker C. U. Diesdorf, 2,00. — Von einem Köpfer der Bau- und Kredit-Bank 4,05. — Von Otto S., Diesdorf, 1,00. — Von der Poststelle Dövenstedt der Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter 40,00. — M. Frey, Vertrauensmann der Bauarbeiter Magdeburgs.

Sozialdemokratische Volks-Versammlung.

In Neids Salon am Mittwoch, 8. Juni, abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung:

Unsere Gegner und ihre Kampfweise im Wahlkampf.

Referent: Albert Schmidt, Magdeburg, Reichstagskandidat für Galbe-Mischerleben.

Die Parteigenossen werden zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung eingeladen. Die Angehörigen anderer Parteien werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Den Vertretern aller Parteien wird unbeschränkte Redefreiheit zugesichert.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

1412

Öffentliche Versammlung!

Am Montag, den 20. Juni, abends pünktlich 8 1/2 Uhr findet im Luisenpark, Spielgartenstraße 1c, eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Die Bedeutung der Konsumvereine und die Bekämpfung derselben durch eine Umsatzsteuer.
2. Debatte hierüber.

Die Mitglieder der hiesigen Konsumvereine und alle, welche sich für diese hochwichtige Angelegenheit interessieren, werden hiermit zu dieser Versammlung eingeladen.

Feine Mollereibutter, Pfund 1 Mt. verkauft in bekannter Güte 1339
A. H. Völker Butter-Handlung
Jakobsstraße 5, Erdhaus d. gr. Markstr.
Gr. Steinernerstraße 10b, Erdkellern u. Breitenweg 252, Ecke Blumenthalstr., im saule Café Giesede schrägüb. v. gr. Kurfürst.

Burg.
Großes Hausbrot
4 1/2 Pfund für 50 Pf.
Auch große andere Backwaren empfiehlt
die Bäckerei von C. Thiede
Johannesstraße 12.
1432
Frühstück sende frei ins Haus.

Burg.
Schuhwaren!
Billig! Billig! Billig!
Herren-, Knaben-, Schafstiefel,
Stiefelsetten, Damen-, Kinder-Stiefel,
Hals- und Strandschuhe, Socken,
Bantoffel, auch aus Kontursmassen
flammende Waren. Nur
Neustadt-Schmidtstrasse 44.

Anscheinend

unheilbare Krankheiten

werden mit anerkannt bestem Erfolge behandelt durch
Visser, homöopathischer Prakt.
Magdeburg, Jakobsstraße 3. 786
Sprechstunden von 11-4 Uhr; Donnerstags keine Sprechstunden.

Der I. Sudenburg. Musikverein „Fidelio“

veranstaltet am 11. Juni 1898 eine

Dampferfahrt nach Grünewalde

verbunden mit Ball.

1420

Abfahrt: Magdeburg, Reite, abds. 8 Uhr; Budau, Elbstraße, abds. 8 1/2 Uhr.

20 Karten 20

für Erwachsene à 75 Pf., schulpflichtige Kinder à 35 Pf., sind zu haben bei sämtlichen Mitgliedern, im Vereinslokal (Berbster Bierhalle), sowie bei Herrn G. Messer, Magdeburg, Fischerweg 3.

Es ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

Zu haben
in den besten Kolonialwaren-, Drogen- und Seifen-Handlungen.

Dr. Thompson's Seifenpulver



ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste

Waschmittel der Welt.

Man achte genau auf den Namen „Dr. Thompson“ und die Schutzmarke „Schwan“.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren
reelle Arbeit, empfiehlt
C. Dittmar, Tischlermeister
Tischlerstraße 26. 349

Beste Instrumente zu kaufen gesucht
Blasenstraße 6, Hof, 1 Et.

Möbel
und
Polsterwaren,
große Posten Teppiche,
ca. 100 Spiegel, Etageren
Bilder
andauerndweise spottbillig zu verk.
Breiteweg 89-90
Georg Mook.

Neu! Neu! Neu!
Sinen Wetter-Anzeiger
(D. R. G. M. 59739)
umsonst
erhält jeder geehrte Leser dieses Blattes,
welcher bei mir eine Reparatur abgibt,
Reparaturpreise wie bekannt sehr
billig. 1450

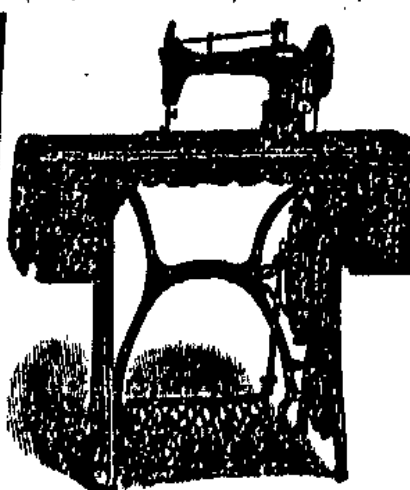
Max Heinecke
Uhrmacher
Johannisbergstraße 5.
Geschäft gegründet 1840.

E. Beck
vormals C. Neisinger
Nr. 56 Knochenhauerstr. Nr. 56.
Spezialgeschäft für
Bettfedern und Daun.
Großes Lager
fertig. Betten, Zuleits, Laken, Bezüge.
Bettfedern-Reinigungsanstalt
vortrefflichste Einrichtung. 481

Wichtig für Hausfrauen!
Gustav Greve, Dierode n. S.
Wollwarenfabrik
nimmt alle Wollwaren zur Um-
arbeitung an und liefert:
Sehr schöne **Haarstickstoffe**, dorb und
wajschel,
belle **Damenlaken** für Sommer
und Winter. 588
Herrenstoffe.
Teppiche, Säuerstoffe, Decken
und Portieren,
Muster bereitwillig franco.
Billigste Preise. Lueng reelle Bedien.
Winterlager und Annahmestelle
bei Frau **Therese Beckmann** in
Magdeburg, Poststraße 16.
Die neuesten Muster sind eingetroffen.

Gesucht werden:
Küchenschaffner Arbeitsnachweis der
Gewerkschaften Magdeburgs (Klein-
Klosterstraße 15/16): Schneider, Schuh-
macher, Stellmacher, Tischler, Klempner,
Lapetier, 2 Drechsler auf Dampftrieb,
Schmiede und 1 Gelbgießer auf Montage
nach außerhalb, Reisegeld wird vergütet.

Es suchen Stellung:
Küchenschaffner Arbeitsnachweis der
Gewerkschaften Magdeburgs (Klein-
Klosterstraße 15/16): Schlosser, Dreher
Mechaniker, Bäcker, Tischler, Formier,
Küchenschaffner, Steinbrücker, Bürstenmacher,
Schneider und Arbeiter für jede Arbeit.



Singer Nähmaschinen sind außergewöhnlich in Konstruktion u. Ausführung.
Singer Nähmaschinen sind unentbehrlich für Hausgebrauch und Industrie.
Singer Nähmaschinen sind in allen Fabriksbetrieben die meist verbreitetsten.
Singer Nähmaschinen sind unerreicht in Leistungsfähigkeit und Dauer.
Singer Nähmaschinen sind für die moderne Kunstfädelerei die geeignetsten.

Kostenfreie Unterrichtskurse, auch in der modernen Kunstfädelerei.

Die Nähmaschinen der Singer Co. werden in mehr als 400 Sorten von Spezial-
Maschinen für alle Fabrikationszweige geliefert und sind nur in unseren eigenen Geschäften
erhältlich.

Magdeburg. **Singer Co. Akt.-Ges. Breiteweg 53.**

(Frühere Firma: G. Noldinger).
Comptoir und Lager:

Bismarckstraße 33, Ecke der Lauenzienstraße.

Knaben - Wasch- Anzüge

zu 2 Mk., 3 Mk., 4 Mk. u. s. f.
in feinsten Ausführung
empfiehlt

Julius Lange

Nur Breiteweg 147
Ecke Georgenplatz. 1429

Mütter und Töchter Magdeburgs!
Jetzt hört auf die Mädchenklage,
Den Hausfrau'n blühen bessere Tage,
Seit man von Well's Extrakt erfährt, 1193
Ist Wäsche halbe Arbeit nur.
Das vorzüglichste für die Toilette
Karola, Lieblingsseife der Damen.
Karol Weil & Co., Berlin 48.

Eier! Eier! Billig und gut kaufen Sie
Margarine
extra große, garantiert frisch
à Mandel 60 Pfg. 1396
A. H. Völker Margarine-
Spezialgeschäft
W. H. Lange, Sudenburg Jakobstr. 26, gegenüber d. Jakobikirche,
Geselschaftstr. 12 u. Ambrosiusplatz 2, Jakobstr. 5, Eckhaus d. gr. Marktstr. u.
Gr. Steinernettstr. 10b, Eckladen.

Kaufhaus Wilhelmstadt.
Dienstag und Mittwoch
geschlossen.
Donnerstag, den 9. Juni
beginnt der 1431

Riesen- Ausverkauf

zu staunend billigen Preisen.

Empfehle mich den werten Genossen zum
Reparieren von Fahrrädern jed. Art.
Wilhelm Kühmann, Thranenberg 10/17.

* Moderner 3-rädr. Kinderwagen zu
verkaufen. **Heinze, Sieberdthor 1a.**

* Ein Kinderschuh verl. Abzug gegen
Belohn bei P. Schiller, Schiffstr. 9 S. 111.

* **Anst. Logis** zu vermieten Sudenburg,
Breiteweg 110, 2 Et.

Walhalla-Theater.
780 Täglich Künstler-
Spezialitäten-Vorstellungen.

Viktoria-Theater.
Mittwoch, den 8. Juni:
Doppel-Gastspiel: Albert Bozenhard und
Karl Hüder.
Novität! Jun 2. Male! Novität:
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Akten von Walthor u. Stein
Otto v. Griebenow — Albert Bozenhard,
Wanda Bollinski — — — Karl Hüder.

Donnerstag, den 9. Juni: Novität!
Lehmann auf der Weltanschauung.
Vorträge Poffe mit Gesang und Tanz in
5 Akten von Poubens. Musik von Wiedede.

**Küchenzettel des Lehrerinnen- und
Damenheims,**
Breiteweg 82, 1 Et.
Mittwoch: Weinsuppe, Beefsteak u. Spring-
kartoffeln.
Donnerstag: Graupensuppe, Hammelbraten
und grüne Bohnen.
Freitag: Rühlsuppe, Spinat und Spiegel-
eier, Röstkartoffeln.
Sonntag: Weiße Bohnensuppe, Rind-
fleisch mit Mosterhsauce.

**Küchenzettel der Magdeburger
Volkstüchen**
Gr. Marktstr. 2 und Schindlstr. 61
Mittwoch: Kohlbraten mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Linsenbraten mit Rindfleisch.
Freitag: Kartoffelbrei mit saurer Sauce
und gebratener Leber.

Allen Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß mein lieber
Mann, der Zimmermann
Ernst Kappelmeier
Montag früh sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag
früh 10 1/2 Uhr von der Leichenhalle
des Allen Kirchhofes statt.
Um stille Beileid bittet
Die trauernde Witwe.

Standesamt.
Magdeburg, 6. Juni.
Aufgebot: Schmied Wilhelm Köhr
mit Anna Hooge hier. Schlosser Friedr.
Wilhelm Franz Seligmann in Bernburg
mit Ida Bertha Anna Harenberg in Leben-
dorf.
Geburten: Erna, T. des Konditors
Anton Clauser. Walter, S. des Graveurs
Otto Wöttger. Anna, T. des Kaufmanns
Albert Meyer. Emma u. Elisabeth, Zwil-
l. T. des Dienstmanns Max Heinrichs. Hans,
S. des Handl.-Reisenden Abraham Hofes.
Paul, S. des Kaufmanns Albert Stelins.
Todesfälle: Wilhelm Hornburg, Vieh-
kommiss., 57 J. 7 M. 12 T. Willy, S.
des Schlossers Max Schäfer, 1 M. 2 T.
Auguste, geb. Lange, Wwe. des Gastwirts
Gottl. Schnelle, 63 J. 3 M. 23 T. Wily,
Käuper, Arbeiter, 76 J. 4 M. 2 T. Anna,
T. des Kaufmanns Albert Meyer, 3 T.
Elise, T. des Arbeiters Friedrich Naue,
3 M. 15 T. Wilhelmine, geb. Wolter,
Wwe. des Arbeiters Karl Krellwitz, 72 J.
4 M. 18 T.
Totgeburt: Eine T. des Kaufmanns
Emil Fischer.

Sudenburg, 6. Juni.
Geburten: Margarete, T. des Mittl-
manns Max Frenzel. Frieda, T. des Arb.
Emil Maus. Erna, T. des Lokomotiv-
heizers Gustav Brandt. Arnold, S. des
Hauptlehrers August Martensfeld.
Todesfälle: Erna, T. des Loko-
motivheizers Gust. Brandt, 2 1/2 T. El-
beth, T. des Straßenbahn-Schaffn. August
Schnitzbühl, 4 M. 14 T. August Voigt,
Krankenhaus-Stationsdiener, 30 J. 4 M.
14 T. Alma, T. des Arb. Gustav Ebert,
1 J. 2 M. 23 T. Walter, Sohn des
Vertmeisters Friedrich Franken, 15 T.
Andreas Drehting, Kammerräger, 85 J.
6 M. 19 T.

Budan, 6. Juni.
Todesfälle: Kernmacher Heinrich
Groh, 52 J. 5 M. 13 T. Wily, S. des
Arb. Friedrich Baumann, 6 T.
Neustadt, 6. Juni.
Eheschließungen: Landbriefträger
Hermann Heise in Adendorf mit Witwe
Harman, Marie geb. Pöffel. Klempner
Hermann Werner mit Emille Filge. Model-
lischer A. Neubauer mit Olga Stahlmann.
Geburten: Luise, T. des Kolonisten
Karl Prütz. Rosa, T. des königl. Schuh-
manns Hermann Wändel. Elise, T. des
Tischlers Wilhelm Kruse. Richard, S. des
Postkutschers Friedrich Pehm. Anna, T.
des Tischlers Paul Schmidt. Johanne, T.
des Arb. Rob. Laub. Elly, T. des Arb.
Heinrich Ehlich. Ida Martha Emma,
unehelich. Walter, S. des Schriftsetzers
Richard Frentzel.

Todesfälle: Paul, S. des Arbeiters
August Gauschow, 1 J. 3 M. 17 T. Ditto,
S. des Arb. Hermann Kellermann, 7 J.
7 M. 22 T. Ida, T. des Fabrikantlers
Franz Pradel, 1 J. 1 T.

Groß-Otterleben.
Aufgebot: Artist Albert Katholy in
Berlin mit Natalie Jansen hier.
Eheschließungen: Arbeiter Heinrich
Dell mit Martha Winkemann hier. Schm.
August Ferstung in Magdeburg mit El-
beth Hand hier. Arb. Moritz Strohbach
in M.-Otterleben mit Witwe Luise Schmidt
geb. Gravenhorst hier.

Geburten: Karl August, S. des Arb.
August Kauer hier. Emil, S. des Schloss.
Friedr. Neck hier. Ernst Hermann, S. des
Arbeters Theodor Hermann Schmidt hier.
Martha Frieda, unehel. Wily Ernst August,
S. des Formers Friedr. Welcher in Lems-
dorf. Karl Franz Josef, S. des Arbeiters
Jos. Budzynski in Lemsdorf. Heinrich
Otto, S. des Zimmerm. Otto Bohne hier.
Martha Frieda, T. des Arbeiters Hermann
Lannert in Bennedensd. Liesbeth Martha,
T. des Arbeiters Michael Reinhardt hier.
Otto Ernst, S. des Maurers Friedrich
Kunst in Bennedensd. Alfred Karl, S.
des Zuschneiders Clemens Kaiser hier.
Hermann Albert, S. des Schlossers Friedr.
Bauermeister hier. Selma Anna, T. des
Arbeiters Julius Löwing. Otto Friedrich
Wilhelm, S. des Modelstischlers August
Frenzel hier. Ernst Wilhelm Walter
Richard, S. des Maurers Albert Holze in
Bennedensd. Wily und Selma, Zwil-
linder des Arbeiters Wilhelm Speß hier.
Richard, S. des Schuhmachersmstrs. Friedr.
Hermann hier. Anna Luise, unehelich.
Hans Erich Hellmuth, unehel. Gerhard
Otto Wilhelm Karl, S. des Arb. Gerhard
Wille. Klara Emma, T. des Arb. Karl
Rostler hier. Martha Ida, unehel. Wily
Max, unehelich. Walter Wilhelm Otto,
S. des Schmiedemeisters Wily. Kühnast h.

Todesfälle: Ehefrau Anna Beneke
geborene Meyer hier, 46 J. 3 M. 14 T.
Walter Wily Firchow hier, 2 J. 6 M.
6 T. Gustav Albert Diekmann hier, 1 J.
10 M. 13 J. Paul Hermann Groebke in
Bennedensd., 5 M. 29 T. Hermann
Albert Bauermeister hier, 13 St. Ehefrau
Friederike Dorothea Monat geb. Vollmering
hier, 43 J. 3 M. 19 T. Arb. Friedrich
Jakob Hochbaum hier, 47 J. 1 M. 20 T.
15 T. Karl Friedrich Arno Hoff hier,
5 M. 26 T.

Burg, 3. Juni.
Geburten: Sohn des Schmiedemstrs.
Heinrich Delorme. Tochter des Schmiede-
meisters Heinrich Delorme. Tochter des
Weißgerbers Otto Badewig.
Todesfälle: Anna, T. des Arb.
Heinrich Bartch, 1 M. 6 T. Margarete,
T. des Schmiedemeisters Heinrich Delorme,
4 T. Gertrud, T. des Tischlers Gustav
Hünede, 1 M. 1 T.
Som 4. Juni.

Eheschließungen: Kaufmann Karl
Christian Heinrich Friedrich Naede in
Magdeburg mit Amalie Johanne Anna
Hamann hier.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Der Reichstagswähler
erscheint täglich als Beilage
der Volksstimme und stellt
ein Erscheinen nach Beendi-
gung der Reichstagswahl
(einschließlich Stichwahl)
wieder ein.

Der Reichstagswähler.

Der Reichstagswähler
bringt in übersichtlicher Form
bedeutendes Agitations-
material, das aufzubewahren
und zur Agitation zu ver-
wenden ist.
Gegnerische Flugblätter
sind einzufenden.

Publikationsorgan für die Reichstagswahlkreise: Magdeburg, Wanzleben, Wolmirstedt-Neuhaldensleben, Osterburg-Stendal, Salzwedel-Gardelegen, Jerichow I u. II und Calbe-Aschersleben.

Reichstagswahl 16. Juni, vorm. 10 bis nachm. 6 Uhr. **Magdeburg, den 8. Juni 1898.** Reichstagswahl 16. Juni, vorm. 10 bis nachm. 6 Uhr

Auf zum Wahlkampf!

Parteienossen, die Parteien sind aufmarschiert und stehen sich kampfbereit gegenüber.
Bevor der Tag der Wahlschlacht anbricht, gilt es, nochmals die Waffen zu prüfen, die Organisation zu inspizieren und die letzte bessernde Hand an sie zu legen, so daß am Tage der Schlacht jeder kampfbereit auf seinem Posten steht. Es giebt noch viel zu thun. Wir haben die **Wahlliste abzuschreiben, Flugschriften und Wahlzettel** zu convertieren und an die Wähler zu verteilen. Wir haben in jedes Haus, von der Kellerwohnung bis unter das Dach zu bringen.

Wir haben am Wahltag selbst Hunderte von Parteienossen auf die Beine zu bringen zur **Verteilung der Stimmzettel und Ueberwachung der Wahllokale**. Alle diese unumgänglich notwendigen Arbeiten aber können wir nur verrichten durch die thätige Mithilfe aller Parteienossen. Darum ersuchen wir Euch alle, in Reich und Glied zu treten. Wer mitarbeiten will, seis nun in Stadt oder auf dem Land, seis mit der Feder oder durch Verteilen von Flugblättern, seis im Stillen vor der Wahl oder offenkundig am Wahltag selbst, der melde sich sofort von heute ab an den bekannten Stellen. Namentlich bedürfen wir vieler **Radsfahrer**.

Parteienossen!
Laßt unsere Mahnung nicht ungehört verhallen.

Kommet schon heute abend zu Hausen und stellt Euch in den Dienst der Freiheit gegen die umhererschleichende Reaktion!

Nach Schätzung des Wahlkomitees werden verlangt **1300 Personen, darunter 300 Radsfahrer**. In wenigen Tagen müssen die Namen derselben festgestellt sein.

Stimmenfang bei den Landbewohnern.

Freisinnige, wie Antisemiten, wie Konervative und National Liberale hauffen jetzt in Zeitungen, Flugblättern und Reden, wie schon erwähnt, mit Citaten, welche sozialdemokratischen Reden oder Aufsätzen entnommen sein sollen. Im Großen und Ganzen wird von unseren Gegnern dabei nach dem Motto verfahren: „Der Landbewohner ist ein Dummkopf, dem man alles aufbinden kann; er kann ja nicht kontrollieren, wenn wir lügen, also fröhlich darauf los gelogen!“

Der Landbewohner ist aber durchaus nicht so ein Dummkopf, der diesen Leuten alles glaubt, weingleich er heute noch vielfach gegen die Sozialdemokratie stimmt. Der Landbewohner ist schon so viel betrogen worden, daß es kein Wunder ist, wenn er gegen neue Bewegungen mißtrauisch ist. Nichtet sich dieses Mißtrauen des Landbewohners heute allerdings noch teilweise gegen die Sozialdemokratie, so hat diese damit nur die Sünden der anderen, der bürgerlichen Parteien zu büßen.

Aber der Landbewohner gewinnt allmählich doch das Vertrauen der Sozialdemokratie und er wartet förmlich auf die Aufklärung von dieser Seite.

Unter den „Citaten“ unserer Gegner befindet sich u. a. das Wort „**Affenliebe zum Privateigentum**“. Es ist aus dem Zusammenhange eines Satzes gerissen. Der Sozialdemokrat Geck aus Offenburg hat ihn vor einigen Jahren gebraucht. Ja, aber hören wir den Satz genau Geck, der im steten Verkehr mit dem kleinen Bauernstand lebt, betonte, man müsse sich klar werden, wem man unter Bauer verstehen dürfe. Er sagte:

„Es ist sehr gut möglich, dem Bauer, der auf der Grenze zwischen Proletariat und Besitz steht, seine Affenliebe zum Privateigentum zu nehmen.“
We: aber „nimmt“, was in diesem Falle natürlich kein gewaltsames Weggreifen bedeutet, weil sich einfach kein Mensch seine Liebe wegreißen läßt, sondern was bedeutet, daß man ihn aufklären will über die schädlichen Folgen, die er sich selbst bereitet, wenn er mit seinem schon fast vernichteten zurückgehenden Einzelbetrieb absolut keine neuen Betriebsformen verbinden will, wer also jemand einen falschen Glauben nimmt, der muß etwas Besseres zu bieten wissen. Und Geck, der Sozialist, bietet es, indem er fortfährt:

Durch eine Vermehrung und rationelle Bewirtschaftung des Gemeindegüter können wir zeigen, was schon heute mit dem Kollektivismus (d. h. der durch den Zusammenschluß zahlreicher kleiner Einzelbetriebe und ihrer Eigentümer zu einem einzigen großen gemeinsamen Betrieb) geleistet werden kann. Der Bauer kann belehrt werden, daß er sich abmüht und es auf seinem Privateigentum zu nichts bringt, während nebenan auf dem Gemeindegüter, wo doch dieselbe Sonne scheint und derselbe Regen herniederfällt, mit einer höheren kollektivistischen Betriebsform sich bessere Erträge erzielen lassen. Wir können ihn auf die Lage der Arbeiter im Gemeindebetrieb hinweisen, denen es oft besser geht als ihm; die Bauern gehen darauf auch ein und begreifen es.

Das sind des habsdlichen Sozialdemokraten Adolf Gecks Worte, und nun beantwortet man die Frage: Hat Geck mit seinem

Ausdruck „**Affenliebe zum Privateigentum**“ die Landbewohner in ihrer Anhänglichkeit an ererbten Besitz beleidigen oder verspotten wollen? Oder hat Geck mit diesem Ausdruck diejenigen gleichsam nur warnen wollen, die in ihrer starren konservativen Liebe zu ihrem Besitz es gar nicht merken, wie dieser Besitz von mächtigen wirtschaftlichen Feinden bedroht, wie er immer unrentabler wird, die Tag und Nacht mit Weib und Kind sich abquälen, zu halten, was sie ererbt haben, und die doch nicht vorwärts kommen, sondern immer mehr zurückgehen?

Ja, das ist's, er hat ihnen sagen wollen: Eure Liebe zu Eurem Besitz ist ein blindes Verhängnis, wodurch Ihr den Gefahren, die dem Gegenstände Eurer Liebe drohen, nur noch das Spiel erleichtert! Ihr seht in Eurer Blindheit nicht den Weg, den Ihr einschlagen müßt, der Euch von der ganzen Entwicklung der Arbeits-Instrumente gewiesen wird, und der allein Euer Euch heiliges Eigentum, das Ihr von Euren Vätern ererbt, wieder in gesteigertem Maße nutzbringend und für die Allgemeinheit rentabel machen wird. Und der Sozialdemokrat Geck weist Euch den Weg zur Gemeinarbeit, die jede Einzelkraft bedeutend leistungsfähiger macht.

Ferner wird behauptet, ein anderer Sozialdemokrat habe offen ausgesprochen, der Eigentumsfanatismus solle den Bauern ausgetrieben werden. Zunächst hat der Sozialdemokrat, der gemeint ist, niemals dieses Verlangen ausgesprochen. Er hat sich lediglich gegen Maßnahmen, die zur „**Neubelebung des bäuerlichen Eigentumsfanatismus**“ dienen, erklärt, und das geschah auf dem Breslauer sozialdemokratischen Parteitag. Aber als dieser Parteitag über den Antrag, in dem dieser Ausdruck stand, abstimmen sollte, da erklärte er sich für den Antrag erst dann, nachdem jene Stelle von der „**Neubelebung des Eigentumsfanatismus**“ ausdrücklich von der kolossalen Mehrheit aus dem Antrage gestrichen war.

Auch auf folgenden Ausspruch Karl Kautskys beruft man sich: „Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten, haben wir keinen Grund“. Dieser Ausspruch wird ebenfalls **aus seinem Zusammenhang herausgerissen**. Was aber sagte Kautsky in Wirklichkeit? Er sprach in Bezug auf das Kleinbauernum:

Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten haben wir keinen Grund, denn das könnte nur geschehen, indem wir sie in ihrem Besitz beseitigen, also ganz entgegengekehrt verfahren wie sonst. Wir müssen zu dem verzweifenden Bauer gehen und ihn aufknüpfend an seine Lage nachweisen, daß sie keine vorübergehende, sondern naturnotwendig aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringt, und daß ihm nur die Verwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische helfen könne. Ich gebe zu, daß diese Taktik schwer ist, aber unsere Partei ist dadurch groß geworden, daß sie den Mut gehabt hat, den Leuten unangenehme Wahrheiten zu sagen.

Das ist ein ehrliches sozialdemokratisches Wort. Wir wollen dem Landbewohner nicht gebratene Tauben in den Mund versprechen, sondern kommen, um ihn zu belehren über die kapitalistischen Verhältnisse, deren Opfer er wird, ohne daß er es weiß. Und wir wollen ihm zeigen, welche Entwicklung die landwirtschaftliche Betriebsweise nehmen muß, um ihren Angehörigen wieder eine gesunde Existenz zu sichern, die nicht beständig am Rande von Not und Sorge hinstirrt.

Was würde es den Bauern nützen, wenn wir, wie es Agrarier und Liberale machen, den Bauern allerhand Wünsche zu vertreten zusichern würden, die ja doch nicht retten können? Nichts! Und auf dem Wege solcher demagogischer Betrügereien zu wandeln, ist nicht unsere Sache. Wir wollen keinen Bauernfang treiben, sondern wollen Aufklärung auf unsere Seite ziehen.

Unter den läugerischen Trümpfen ragt vor allen Dingen der alte Ladenhüter von der Wegnahme der Sparkassenbücher hervor. Auf Kautsky, den hervorragenden Theoretiker der Partei, beruft man sich da. So rede denn also Kautsky über die **Sparkassenbuch-Konfiskation!** Er schreibt:

Eine solche Konfiskation ist nicht bloß aus ökonomischen Gründen nicht notwendig, sie ist auch aus politischen Gründen ganz un-wahrscheinlich. Denn die kleinen Sparkassenbücher zählen ja zum großen Teil von den ausgebeuteten Klassen her, deren Kräfte allein den Sozialismus in die Gesellschaft einführen kann. Nur wer diese Klassen für absolut unzurechnungsfähig hält, wird glauben, sie würden, um die Produktionsmittel in ihre Hände zu bekommen, damit beginnen, daß sie sich selbst ihrer Notgroßen beraubten!

Was aber will die Sozialdemokratie wirklich?
Die Sozialdemokratie will eine gesellschaftliche Organisation, in welcher Alle am Eigentum Teil haben. Die große Mehrheit der Menschen hat kein Eigentum, denn dürftige Kleidung, dürftige Wäsche, dürftiger Hausrat und selbst eine Hütte und eine Parzelle Land sind kein Eigentum, um das zu streiten sich verlohnt. Hier kann nur das große Eigentum in Frage kommen, deren Besitzer kraft der Macht, die es ihnen giebt, die Gesellschaft beherrschen und die ihr Eigentum durch die Arbeit anderer, auf Kosten der Nichtigentümer unter dem fördernden Schutze der gesellschaftlichen Einrichtung immer stärker vermehrt.

Zur Wahlbewegung.

In 396 Wahlkreisen hat die Sozialdemokratie Reichstags-Kandidaturen aufgestellt, während keine einzige andere Partei fähig ist,

auch nur in der Mehrzahl der 397 Kreise, in die das Deutsche Reich zum Zweck der Reichstagswahl eingeteilt ist, selbständig an der Wahl teilzunehmen. Dies vermag allein die Partei des organisierten Proletariats, die mit dem innersten Empfinden der Nation auf das engste verbunden ist. Alle anderen Parteien dienen nur den Interessen mehr oder weniger eng begrenzter Bevölkerungsteile, sie alle gebrauchen das deutsche Volk nur als Stimmvieh für ihre Sonderzwecke, keiner ist das Wohl der ganzen Nation Selbstzweck. National im wirklichen Sinne ist nur die Sozialdemokratie.

Ein neues Sozialistengesetz.

Das Hamburger Wismarckorgan schreibt: (Es) bleibt nichts übrig, als die Enthaltenspolitik der Regierung auf den Fortbestand der Auffassungen zurückzuführen, welche bisher u. a. den Versuch einer Repräsentation (Wiederherstellung) des Sozialistengesetzes verhindert haben und zu denen sich auch der Staatssekretär des Innern bekannt hat, als er erklärte, es müsse den durch die sozialrevolutionäre Bewegung bedrohten Elementen der Bevölkerung überlassen bleiben, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen; der Erlaß eines Ausnahmegesetzes gegen dieselben würde nur die Erschlaffung dieses Kampfes zur Folge haben. Wir teilen diese Auffassung nicht und können dem Verzicht der Regierung auf die Führung im Wahlkampf in dieser Beziehung so wenig beistimmen wie in jeder anderen. Es liegt zu tief in unseren deutschen Anschauungen und Gewohnheiten begründet, daß eine Bewegung nur dann Erfolg hat, wenn die Regierung sich mit dem vollen Schwergewicht der Staatsautorität an ihre Spitze stellt. Daran fehlt es in dem jetzigen Wahlkampf völlig und deshalb sehen wir seinem Ausgange nicht ohne Besorgnis entgegen. Neues Sozialistengesetz, brutale Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller ihrer Bestrebungen, das ist ja das Abend- und Morgenrot des Wismarckblattes, das es mit an Wölbung greuzender Blindheit immer aufs neue herplärt. Sein unheilbarer Mistkoller macht es blind für die entgegenstehenden Hindernisse und es sieht nur ungenügende Entschlossenheit der Regierung, wo es sich in der That um schwere Verlegenheiten handelt. Die Hamburger Nachrichten könnten auch wissen, daß das jetzt am Ruder befindliche Konsortium von Ministern und Staatssekretären es in Bezug auf reaktionäre Gesinnung und in Bezug auf die Neigung, der Arbeiterklasse neue schwerere Fesseln anzulegen, mit dem Alten im Sachverhalte getrost aufnehmen kann. Nicht um das Wollen handelt es sich, sondern um das Können. Wenn die Regierung nicht so plump draufgeht, wie den Hamburger Nachrichten gefallen würde, so geschieht es nur, weil die Herren so viel staatsmännische Schlauheit besitzen, sich zu sagen, daß sie damit das Gegenteil ihrer Wünsche erreichen würden und das fortgesetzte reaktionäre Draufgängertum der Opposition zu Gute kommen würde. Darum die dem Wismarckblatt so unsympathische Zurückhaltung. Man hofft heimlich und still, von hinten herum auf dem Umwege der wirtschaftlichen Sammlung eine reaktionäre Mehrheit zusammenzutreiben, die dann die politischen Pläne der Reaktion verwirklichen soll, die Anschläge gegen das **Wahlrecht, die Freizügigkeit, das Koalitionsrecht** usw. Aus demselben Grunde schwören die Konservern Tag für Tag Meinelid über Meinelid, indem sie ihre Wahlrechtsfeindschaft verleugnen. Aber es ist umsonst! Das Volk hat die Herren durchschaut und sie richtig erkannt; es wird auf seiner Hut sein und auch auf den beliebten Schleichwegen wird eine reaktionäre Mehrheit nicht zu Stande kommen. Die Wähler werden am 16. Juni dem einen Niegel vorziehen.

Schützt das Wahlrecht.

Zum Reichswahlrecht führte Abg. Bachem in einer Wählerversammlung des Centrums in Berlin am Freitag abend aus, es seien einflussreiche Kreise in Preußen und im Reich, die nur auf den günstigen Augenblick warten, um das unbequeme Wahlrecht zu beseitigen. Er, Redner, glaubt allerdings nicht, daß, solange der jetzige Reichskanzler am Ruder sei, ein dahnigebender Versuch gemacht werde. Leider wisse man aber nicht, wie lange dieser Mann noch an der Spitze des Reiches stehe.

Wäsche Nr. 2.

Abg. Professor Dr. Friedberg hat nunmehr auch die Livree des Bundes der Landwirte angezogen. Wie wir dem Bernburger Wochenblatt entnehmen, hat in einer Versammlung des Bundes der Landwirte in Bernburg der Vorsitzende berichtet, daß in einer Unterredung mit dem Abg. Dr. Friedberg sich eine erfreuliche Uebereinstimmung der politischen Ansichten und Wünsche ergeben habe. Der Vorsitzende sagte dann die Forderungen des Bundes der Landwirte zusammen, die sich auf die Stellung zu den Handelsverträgen, den Börsterverminhandeln, das Margarinegesetz, das Viehscheunengesetz, die Alters- und Invalidenversicherung bezog. Und für so unsichere Kantonisten soll die Bevölkerung stimmen. Wimmernmeh!

Unterliche Handwerkerfreundlichkeit.

Im gegenwärtigen Wahlkampf prunken die Junker mit ihrer Handwerkerfreundlichkeit. Dabei suchen gerade die agrarischen Interessenten in jeder Weise den Müllern und Bäckern Abbruch zu thun, selbst in weiten Umkreisen der Genossenschaften. In Bromberg annonciert die

Chronik auf das Jahr 1848.

8. Juni.

Der Kreis Wirtzig hatte den Prinzen von Preußen zum Abgeordneten für die preussische Nationalversammlung gewählt. Am 7. war der Prinz, nachdem sich die Stürme wegen seiner Rückberufung einigermaßen gelegt hatten, aus London zurückkehrend, in Potsdam eingetroffen. Am 8. trat er ohne weitere Formlichkeiten in die Versammlung. Während einer Rede des Abgeordneten Tenme betrat er in großer Generalsuniform, den Degen an der Seite, den Federhut in der Hand und von einigen Ministern gefolgt den Saal. Mehrere Herren der Rechten erhoben sich, was ein Zwischenfall zur Folge hatte, auch der Ruf „Sihen bleiben!“ ward gehört. Nachdem der erwähnte Redner geschlossen hatte, erteilte der Präsident dem „Abgeordneten des Wirtziger Kreises“, nämlich dem Prinzen von Preußen und späteren Kaiser Wilhelm, das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Dieser bestrich mit dem Federhut in der Hand die Tribüne und sagte:

„Nicht nur die Blicke Preussens, die Blicke der Welt sind auf unsere Versammlung gerichtet, da durch sie eine Vereinbarung mit unserm König herbeigeführt werden soll, welche für lange Zeit die Schicksale Preussens und seiner Könige feststellen soll. Welch ein hoher Verus! Je heiliger dieser Beruf, je heiliger muß der Geist und die Gesinnung sein, welche unsere Beratungen leiten. Die konstitutionelle Regierungsform, welche unser König zu geben uns vorgezeichnet hat, ich werde ihr mit Treue und Gewissenhaftigkeit meine Kräfte weihen, wie das Vaterland von meinem ihm offen vorliegenden Charakter zu erwarten berechtigt ist. Dies ist die Pflicht eines Vaterlandsfreundes, vor allem also die meine, als des ersten Unterhans des Königs. So stehe ich jetzt wieder in Ihrer Mitte, um mitzuwirken, daß die Aufgabe, welche uns gestellt, zu einem gedeihlichen Ziele führe. Möge die Gesinnung, welche ich ausgesprochen, von uns allen geteilt und festgehalten werden, dann wird unser Werk gelingen und zum Wohl und Heil unseres geliebten Vaterlandes gereichen. — Meine eigenen Geschäfte werden mir nicht erlauben, regelmäßig an Ihren Sitzungen teilzunehmen. Ich ersuche daher den Herrn Präsidenten, meinen Stellvertreter einberufen zu lassen. Uns alle aber, meine Herren, leite der Ruf und Wahlspruch der Preußen, der sich so oft bewährt hat: Mit Gott für König und Vaterland!“

Der Prinz verließ darauf augenblicklich den Saal. Dieses Auftreten und die Ansprache machten nicht gerade den besten Eindruck. Nach den vorausgegangenen Erklärungen der Regierung glaubte man sich zu der Erwartung berechtigt, der Prinz werde sich an den Arbeiten des Parlaments, nachdem er die Wahl angenommen hatte, beteiligen. Statt dessen erschien er in Generalsuniform und lehnte es von vornherein ab, an den Beratungen der Versammlung teilzunehmen.

Noch in derselben Sitzung wurde von dem Abgeordneten Behrens ein Antrag gestellt, der in- und außerhalb des Parlaments große Aufregung hervorrief. Der Antrag lautete: „Die hohe Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl um das Vaterland verdient gemacht haben.“ Die Versammlung sah sich in einer schwierigen Lage. Nahm sie den Antrag an, so vertrat sie offen das Prinzip der Revolution, lehnte sie ihn ab, so verneinte sie damit gleichzeitig ihre eigene Daseinsberechtigung. Es entspann sich eine hitzige Debatte, bis endlich der Finanzminister Hansemann die Vertagung der Angelegenheit auf den folgenden Tag durchsetzte.

Kinderarbeit und Jugenderziehung.

Die von etwa 5000 Lehrern besuchte deutsche Lehrerversammlung, welche in diesem Jahre in Breslau tagte, befaßte sich auch mit der für die Schule so überaus wichtigen Frage: „In welcher Richtung und in welchem Umfange wird die Jugenderziehung durch gewerbliche und landwirtschaftliche Kinderarbeit geschädigt?“ Herr Lehrer Fechner hatte das Referat über dieses Thema übernommen und bewies durch seine außerordentlich in die Materie eindringenden Ausführungen, daß er mit ebensoviel Liebe als mit Verständnis seine Aufgabe erfaßt hatte, obgleich seine Ausführungen demjenigen, der sich schon mehr mit dieser Frage befaßt hat, nichts Ueberraschendes boten. Ueber den Umfang der Kinderarbeit teilte der Redner mit, daß weit über eine Million Kinder in Deutschland vorhanden sind, die um Lohn und Brot ringen müssen. Die Zahl der arbeitenden Kinder beträgt in den Städten gleichmäßig zwischen 12 und 13 Prozent, und 25 Prozent auf dem Lande. Am ungünstigsten aber ist das Verhältnis in der Hausindustrie, wo am 16. Juni 1895 214 954 erwerbsfähige Kinder gezählt wurden. Ein wahrer Raubbau wurde an den Kindern getrieben, meinte der Redner, man habe Tierischvereine, Kinderschutzvereine seien aber ebenso notwendig.

Ein geradezu grauenerweckendes Bild entrollte der Redner über die sittlichen Schädigungen der gewerblich thätigen Kinder. Die Schädigungen, die hier vorkommen, lassen sich zahlenmäßig nicht feststellen, doch seien sie ungeheuer. Auch in den ländlichen Beschäftigungen sei es nicht besser; es erscheinen 66 Prozent als sittlich gefährdet. In Blöthen seien unter 100 jugendlichen Gefangenen früher 70 neben der Schule beschäftigt gewesen. Die Bäckermeister haben erklärt, daß die Kinder-

arbeit unentbehrlich sei, trotzdem sie selbst ihre Lehrlinge wegen der sittlichen Gefahren nicht zum Frühstücktragen verwenden wollen. Im Asyl für Obdachlose und auf dem Polizeipräsidium habe man unter den Prostituierten Mädchen von 11, 12, 18 und 14 Jahren gefunden. Auch hier sei der Zusammenhang zwischen Kinderarbeit und sittlicher Schädigung nicht von der Hand zu weisen.

Gleich große Gefahren wie auf sittlichem Gebiete erwachsen den Kindern auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung, wofür Redner zahlreiche Beispiele anführte.

An sittlich verkommenen Kindern sei die Arbeit unumgänglich, an den übrigen aber zur Schule kommenen außerordentlich erschwert, da sie trotz aller Mühe einschlafen. Häuslicher Fleiß und Fortschritte seien in erschreckend großer Zahl durchaus unzureichend. Das gelte auch von den ländlichen Bezirken, in denen obenein die Schulzeit dieser Kinder ganz bedeutend verkürzt werde. Ganz unbegreiflich sei es angesichts dieser Thatfachen, daß die Großgrundbesitzer erklären, sie könnten die Kinderarbeit nicht entbehren. Wessen man sich von dieser Seite zu versehen habe, zeige die Forderung des Abg. Gamp, der Herabsetzung der Schulzeit um 1 Jahr verlangt und vielfach Zustimmung gefunden habe. Man stehe hier kulturfeindlichen Bestrebungen gegenüber, die man nicht leicht nehmen dürfe und gegen die man auf das lebhafteste protestieren müsse.

Um diesen Uebelständen abzuhelfen, verlangten die Lehrer: a) Das Verbot jeder Beeinträchtigung des regelmäßigen Schulbesuchs durch Rücksichtnahme auf erwerbsmäßige Beschäftigung der Schulkinder, insbesondere Beseitigung der Hütelchulen, sowie solcher Dispensationen vom Schulbesuch, die im Interesse der Erwerbsfähigkeit geschehen. b) Jede erwerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren ist zu verbieten. c) Ebenso die Accordarbeit älterer Kinder morgens vor Beginn der Schule, nach 6 Uhr abends und an Sonntagen. d) Die Dauer der regelmäßigen täglichen Beschäftigung ist auch während der Ferien möglichst kurz zu bemessen. Bei der Arbeit müssen diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit genommen werden, die durch das jugendliche Alter geboten sind. e) Ganz zu verbieten ist: Hausieren, Beschäftigung in Wirtschaften, bei Schaustellungen und bei Treibjagden. f) Die staatliche Aufsicht ist auch auf die Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie und in der Landwirtschaft auszubehnen.

Diese Forderungen wird jeder sozial empfindende Mensch unterschreiben müssen. Trotzdem aber wird man sich nicht beeilen, sie zu erfüllen. Die Sozialreform ist bei uns auf tote Geleise geraten. Aus diesem Grunde wird auch der Schutz der Kinder vor allzugroßer Ausbeutung noch lange auf sich warten lassen. Diese Kernsten der Armen, die Kinder, die sich schon in früher Jugend abrackern müssen im Interesse „notleidender“ Landwirte, die einer freudlosen Jugend überantwortet sind und deren Erziehung und sittliches Empfinden ganz außerordentlichen Schäden leiden muß, die sind ja eigentlich des Schutzes am meisten bedürftig. Die „notleidende“ Landwirtschaft und Industrie kann aber diesen Schutz nicht vertragen. Deshalb wird weiter Raubbau getrieben an armen Kindern, trotz der Schäden, die so offensichtlich zutage treten. Dabei bringen es Konservative und Nationalliberale fertig, von unserer vortrefflichen Arbeiterschutzgesetzgebung zu reden, welche die beste der ganzen Welt sei.

Mit Vorliebe wirft man der Sozialdemokratie vor, sie habe keinen Anteil an dem Zustandekommen der Arbeiterschutzgesetze, dieselben seien gegen ihren Willen im Reichstage angenommen worden, weil die sozialdemokratischen Abgeordneten dagegen gestimmt hätten. Gerade im jetzigen Wahlkampf wird ja mit Vorliebe dieses Verhalten unserer Abgeordneten gegen die Sozialdemokratie auszuspielen versucht. Allerdings mit wenig Glück. Denn angesichts der auf dem Lehrtage zutage getretenen Mängel unserer Sozialreform, muß es wohl jedermann, der sich nicht absichtlich dieser Erkenntnis verschließt, klar werden, daß bei uns auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung noch ungeheuer viel zu thun ist, bis wir eine Gesetzgebung erhalten, welche auch wirklich den Namen Arbeitergesetzgebung verdient. Deshalb kann die Sozialdemokratie den ihr gemachten Vorwurf wohl ertragen, will sie doch nicht eine scheinbare Sozialreform, die thatsächlich der schrankenlosen Ausbeutung Thür und Thor öffnet, sondern einen wirklichen Arbeiterschutz.

Soziale Bewegung.

Zu den „Wohlthaten der Arbeiterversicherung“, von denen jetzt die sozialistenfeindlichen Blätter so viel Aufhebens machen, schreibt die Frankfurter Zeitung: Die Berliner Korrespondenz beklagt sich darüber, daß die Sozialdemokratie die gewaltigen Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung als unerheblich hinstelle. Wir sind weit davon entfernt, diese Leistungen gering zu schätzen. Die Frankfurter Zeitung ist für diese Geleise schon zu einer Zeit eingetreten, als so mancher der heutigen guten Freunde der Regierung noch begeisterter Gegner jeder Zwangsversicherung war. Allein das müssen auch wir zugehen: alles was diese Geleise den Arbeitern bieten, ist unerblich gegenüber wirtschaftlichen Schädigungen, wie sie die jetzt begonnene Arbeiterpolitik des Eisenbahnministeriums mit sich bringt. Der arbeiterfreundliche Offizier rechnet aus, daß die Arbeiter in den letzten 12 Jahren aus den drei Arbeiter-

sicherungen 528,7 Millionen Mark mehr erhalten als bekommen haben. Das waren jährlich im Durchschnitt 44 Millionen Mark. Nimmt man an, daß die Hilfsstruppen, die die Regierung in Gestalt ausländischer Arbeiter den schlimmsten Lohnrückern, die es im deutschen Erwerbsebenen giebt, den Gutsbesitzern zu Liebesband führt, den Tagelohn auch nur um 10 Pfg. drücken oder zu steigen hindern, so ist dies bei 300 Arbeitstagen und 18 Millionen Arbeitern eine jährliche Schädigung von rund 400 Millionen Mark. Was wollen dem gegenüber die „Wohlthaten“ der Arbeiterversicherung heißen? Es ist nichts als die wieder aufgewärmte Bismarcksche Politik, die meint, über jede noch so arbeiterfeindliche Maßregel mit der Arbeiterversicherung allein hinwegzukaufen zu können. —

Erste Internationale Konferenz der Steinarbeiter.

Nach Schluß des Verbandstages in Würzburg fand ebendortselbst eine internationale Konferenz der Steinarbeiter statt. Auf derselben waren Vertreter anwesend aus Norwegen, Schweden, Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Berichte wurden eingehend aus: Belgien, Frankreich, Ungarn und Holland. Ungünstig wurde die Besichtigung der Konferenz beeinflusst durch den Umstand, daß zugleich Steinarbeiterkongresse in Belgien und Oesterreich tagten. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt: 1. Berichterstattung über die Lage der Steinarbeiter und den Stand der Organisationen der einzelnen Länder. 2. Wie ist es möglich, die Organisationen der einzelnen Länder in gleicher Weise auszubauen? 3. Verständigung betreffs moralischer und finanzieller Unterstützung bei Lohnkämpfen. 4. Wahl eines internationalen Agitationskomitees. Es wurde von der Konferenz beschlossen, das reiche Material aus den Berichten der Delegierten in einem Kongressprotokoll drucken zu lassen. Zu Punkt 2 wurde eine Resolution angenommen, die den Steinarbeitern aller Länder die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, desgleichen die Beseitigung der Accordarbeit zur Pflicht macht. Die Organisationen sind in allen Ländern für die Steinarbeiter im Sinne der modernen Arbeiterbewegung auszubauen. Zu Punkt 3 gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die gegenseitige Hilfeleistung der Steinarbeiter bei Streiks durch materielle Hilfe und Fernhaltung arbeitswilliger Elemente auspricht. Die Konferenz beschloß die Einsetzung eines internationalen Agitationskomitees, welches in Berlin gewählt wird und mit Korrespondenten der übrigen Länder in stetem Verkehr bleibt bis zur nächsten Konferenz. Die finanziellen Erfordernisse sollen prozentual von den beteiligten Ländern halbjährlich gedeckt werden. —

Generalversammlung des Centralvereins der Bildhauer.

Der Centralverein der Bildhauer hielt seine zweite Generalversammlung vom 30. Mai bis 2. Juni in Erfurt ab. Nach dem Rechenschaftsbericht sind von 8000 Berufsgenossen in Deutschland 3413 im Centralverband organisiert. Die Einnahmen beliefen sich im letzten Jahre auf insgesamt 83.788,84 Mk. Das Vereinsvermögen betrug 61.035,47 Mk. Für Arbeitslosenunterstützung wurde in den letzten Jahren 24.767 Mk. bezahlt. Der wichtigste Beratungsgegenstand der Generalversammlung war die weitere Ausgestaltung des Unterstützungsverweises und die dadurch bedingte Erhöhung der Beiträge. Im Jahre 1892 wurde auf der Generalversammlung zu Mainz eine Witwen-Unterstützung beschlossen. Dessen Unterstufungszweig erweiterte dann im Jahre 1895 ein Beschluß des Centralvorstandes dahin, daß beim Todesfall nach stufjähriger Mitgliedschaft die hinterbliebene Witwe 200 Mark erhält. Neuerdings machte sich namentlich in Berlin eine starke Strömung gegen die Witwen-Unterstützung geltend. Es wurde eine Urabstimmung über die Frage herbeigeführt, welche ergab, daß zwei Drittel der Mitgliedschaft für die Beibehaltung der Witwen-Unterstützung ist. Es beschloß die Generalversammlung mit dieser Angelegenheit. Nach langer Debatte wurde beschlossen, diese Unterstützungsstufe weiter bestehen zu lassen. Einige Anträge, welche eine Erhöhung der Wochenbeiträge von 50 auf 60 Pfg. bezweckten, wurden abgelehnt. Von den verschiedenen Anträgen, welche zur Annahme gelangten, führen wir folgende an: „Kollegen, welche vier Wochen nach Beendeter Lehrtage dem Verein beitreten und diesem 26 Wochen angehören, erhalten statt 50 Pfg. 1 Mk. pro Tag Arbeitslosen-Unterstützung.“ Dieser Antrag wurde mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen. Betreffs der Wiederaufnahme von Mitgliedern wurde beschlossen: Mitglieder, welche gelegentlich eines Ausfalls als Streikbrecher ausgeschlossen wurden, können erst nach einem Jahre auf Verantwortung einer Verwaltungsstelle, wo der Weibende sich befindet, und nach Anhörung der den früheren Ausschluß vollzogenen Verwaltungsstelle wieder aufgenommen werden. Weiter gelangte ein Antrag zur Annahme, der lautet: „Bei Erziehung oder Abschaffung von Unterstützungsstellen, bei Festsetzung der Beiträge oder bei Auflösung des Vereins muß, wenn ein Drittel der Verwaltungsstellen über die diesbezüglichen Beschlüsse der Generalversammlung eine Urabstimmung beim Hauptvorstande beantragen, eine solche vier Wochen nach Erledigen des Protokolls vorgenommen werden. Es entscheidet einfache Majorität.“ Zum Stellvertreterreglement wurde beschlossen: „Die im Stellenvermittlungszweigen erscheinenden persönlichen Urlosungen sind aus der Centralliste zu decken. Ueber die Höhe des zu bewilligenden Betrages hat der Centralvorstand zu entscheiden.“ Ein Antrag der Verwaltungsstelle Leipzig, der bezweckt, daß Arbeitsangebot nach außerhalb nur bei triftigen Gründen abgewiesen werden dürfen, fand einstimmige Annahme. Ferner wurde ein Antrag aus Leipzig angenommen, der fordert, daß „Konditionen, wo noch Rest und Logis beim Prinzipal ist, durch das Verwaltungszweigen der Bildhauerorganisation nicht vermittelt werden.“ Einige Anträge fanden alsdann noch Annahme, welche das Unterstützungsverweises regeln bei Streiks und besonderen Notfällen. Die Witwenunterstützung wird in der bisherigen Form beibehalten. Danach erhalten die Witwen verstorbenen Mitglieder, sobald diese mindestens 5 Jahre dem Verein angehört und ein eigenes Kind unter 18 Jahren hinterlassen, eine Unterstützung von 200 Mark. Die Generalversammlung nahm hierauf die Wahl des Centralvorstandes vor. Es wurde gewählt: als erster Vorsitzender Paul Dupont, als Kassierer Eduard Berends, als Hauptverwalter Franz Stahl. Hierauf erfolgte der Schluß der zweiten Generalversammlung. —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Die verheiratete Arbeiterin Grabowsh, Anna geborene Rattmeyer, zu Buckau, geboren 1869, wurde von der Anklage der fahrlässigen Brandstiftung freigesprochen. — Der Schneiderlehrling Hans Lütke hier, geboren 1882, beabsichtigte am 8. Mai d. J. die Fahrradrennbahn zu besuchen, hatte aber kein Geld. Um sich dies zu verschaffen, feilte er sich einen Schlüssel zurecht, öffnete damit im Hause Hasselbachstraße 3 eine verschlossene Mädchenkammer und stahl aus einer Kommode 5 Mark, die er durchbrachte. Der Angeklagte wurde zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. — Der Laufbursche Alois Werau hier, geboren 1880,

verurteilte seinem Meister am 8. März b. J. 4.50 Mk. Erbs für verkaufte Gypsfiguren und verschwand damit nach Halle. Den Angeklagten traf eine Woche Gefängnis. — Der vielmals vorbestrafte Arbeiter Otto Appelt zu Galbe a. S., geboren 1874, verblühte im hiesigen Gefängnis seit dem 7. Dezember 1897 eine sechsmonatige Strafe. Weil er am 28. Januar b. J. entwichen war, wurde seine Festsetzung angeordnet. Am 28. April ließ er sich vorführen und wurde vorstellig, man möge ihm die Fesseln wieder abnehmen. Der Richter lehnte das Ersuchen aber ab, weil Appelt inzwischen auch zu einer Buchhausstrafe verurteilt war. Als er wieder abgeführt wurde, erklärte er, an den Ring gehe er nicht wieder und wenn es den Kopf koste. Im Gefängnis leistete er dann den Beamten Widerstand und schlug mit Händen und Füßen um sich. Der Gerichtshof erkannte daher auf 6 Monate Gefängnis. —

Die verhehlichte Arbeiter Gransaffe, Marie geb. Schumann hier, geboren 1868, ist bereits wiederholt wegen Unterschlagung und Pfandentziehung vorbestraft. Im Dezember 1897 übernahm sie das Waschen einer größeren Anzahl Waschstücke, die sie demnächst angeblich aus Not bei einem Pfandleiher für 7 Mark versetzte. Hinterher versetzte sie auch den Pfandschein für eine Mark. Die gefällige Angeklagte erhielt wegen Unterschlagung 2 Monate Gefängnis. —

Der Biegeleiarbeiter Carl Jüngling aus Nebra, geboren 1878, stahl im November 1896 von einer auf dem Felde bei Weichendorf stehenden Dreschmaschine ein Stück Treibriemen, um sich damit sein Schuhzeug zurechtzumachen. Ihn trafen zusätzlich 2 Monate Gefängnis. Der wegen Diebstahls mitangeklagte Biegeleiarbeiter Ferdinand Fieker, geboren 1879, und seine wegen Fehlerei mitangeklagte Stiefmutter, verhehlichte Handelsmann Friedrich Fieker, Louise geb. Elze, geboren 1855, aus Elke, wurden freigesprochen. —

In nicht öffentlicher Sitzung wurden wegen Verbrechen gegen § 218 des Str.-G.-B. in drei Fällen verurteilt: 1. die verhehlichte Schuhmacher Blasche, Wilhelmine geb. Wähge hier, geboren am 1. März 1859, zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust; 2. die verhehlichte Maurer Leitenroth, Bertha geb. Meißner hier, geboren am 30. Januar 1847, zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, mit Rücksicht auf die Vorstrafe wegen gleichen Verbrechens. Die bisher auf freiem Fuß befindliche Frau Blasche wurde sofort verhaftet. —

Schöffengericht Magdeburg.
Wie oft wundert man sich, daß junge nette Mädchen, trotzdem sie gute Zeugnisse haben, keine einigermaßen annehmbare Stellen mehr bekommen und schließlich der Prostitution in die Arme fallen. Wie das zugeht? Die Privatklageverhandlung Sperber/Wrede gab darüber einigen Aufschluß. Die Frau des Kaufmanns Wrede, Magarethe geb. Dunkelmann hier, geb. 1868, führt einen eleganten reichen Haushalt, der im Sommer in verschiedene vornehme Modebäder verlegt wird. Im verfloffenen Sommer hatte sie unter anderen auch ihre Stütze, ein junges elternloses Mädchen mit nach Westerland-Sylt genommen, das aber nicht bei ihr bleiben wollte, kündigte und ging. Als dann das junge Mädchen im Hause der Tochter, der Frau Kommerzienrat Mößler in Chemnitz, einen neuen Dienst fand, hielt es die Frau Kommerzienrat für angebracht, sich bei Frau Wrede nach der Sperber, so hieß das Mädchen, zu erkundigen. Die Antwort war, daß Frau Wrede, trotzdem sie nicht einen Beweis hatte, das junge Mädchen als eine ganz unredliche, freche raffinierte Person hinstellte. Dieser in der Hoffnung auf strenge Disziplin geschriebene Brief wurde nun in diesem Falle mal der Verdächtigten vorgelegt und das Mädchen, das sich völlig unschuldig fühlte, strengte Privatklage gegen Frau Wrede an. Im Hauptverhandlungstermin war die vornehme, feidenrauschende, in Juwelen strahlende Frau Wrede in Begleitung ihres Gatten, sowie ihres Anwalts erschienen, welcher letzterer jedes nicht ganz ehrerbietige Wort gegen seine Mandantin mit Entrüstung abwehrte. Die Privatklägerin wagte es beispielsweise, einige Male zu sagen, wenn die gnädige Frau sie beschuldigte, das ist nicht wahr. Der Originalbrief war von der Frau Kommerzienrat Mößler nicht ausgeliefert worden und die beiden vorhandenen Abschriften stimmten nicht überein. Da nun für die Angeklagte der Schutz des § 193 des St.-G.-B. in Anspruch genommen wurde, kam es in der Hauptsache auf die Form, den Wortlaut an, sodaß eine Vertagung in Aussicht genommen war. Der Vorsitzende stellte nun der Klägerin vor, daß es doch wohl nötig werden würde, Haussuchung bei der Frau Kommerzienrat nach dem Briefe zu halten und sie doch wohl soviel Rücksicht auf ihre frühere Herrin nehmen müsse, um der Dame so etwas zu ersparen. Trotzdem sich Frau Wrede zur Tragung der Gerichtskosten bereit erklärte, auch die Erklärung zu Protokoll gab, daß sie nicht mehr davon überzeugt sei, daß Fräulein Sperber in ihrem Hause eine Unredliche gewesen habe, bedurfte es fast einer Stunde, ehe das in ihrer Unschuld so schwer gekränkte noch ganz kindlich erscheinende, schlichte Mädchen zur Zurücknahme der Privatklage unter den oben erwähnten Bedingungen zu bringen. Sie wollte gar zu gern ein Bild der Lohnverhältnisse und der Behandlung der Diensthöten im Wredeschen Hause geben, um zu erklären, daß sie selbst ausgetreten — und nicht etwa wegen Unredlichkeiten entlassen sei, wurde aber vom Vorsitzenden, unter dem Hinweis, daß das nicht in die Verhandlung gehöre, daran gehindert. —

Kleine Chronik.

Hamburgs Seeschiffahrt zeigt eine stetig fortschreitende Zunahme. Vom Januar bis zum Mai d. J. sind 4716 Schiffe mit fast 3 Millionen Reg.-Tons (darunter 3259 Dampfer mit 2 1/2 Mill. Tons) angekommen und 4633 Schiffe mit 2,8 Mill. Tons abgegangen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres liefen 4205 Schiffe ein und 4240 aus. — In Lüneburg und Umgegend hat es in den letzten Nächten

stark gefroren. — Beim Meeresspiegel wurden zwei Anrechte in Uelitz bei Schönerin von einer einseitigen Schenkung beschattet. Einer wurde als Leiche hervorgezogen, der andere erlitt einen Beinbruch. — Ein Porzellanmuseum soll in Göttingen errichtet werden und in Verbindung damit eine Sammlung von Plankton aus allen Meeresgebieten. Zu diesem Zweck werden Expeditionen nach den verschiedenen Meeren ausgesandt. — Die schwedische Gradmessungs-Expedition hat die Reise nach Spitzbergen angetreten. Sie soll die Vorarbeiten für die umfangreiche Gradmessung ausführen, die in den Jahren 1899 und 1900 auf Spitzbergen von Schweden und Rußland gemeinsam vorgenommen werden sollen. — In der Urad-Expedition (Ungarn) verbreitet sich die Nebenmotte ungemein schnell und droht die ganze Ernte zu vernichten. — Eine Warschauer Buchdruckerei giebt einen Band der Werke Mezskiewitz heraus, der so witzig klein ist, daß die Schrift nur mit Hilfe eines scharfen Vergrößerungsglases gelesen werden kann, während der ganze Band als Verloque an der Uhrkette getragen werden soll. — In Paris und in dem Strich nordwestlich hinauf gegen Moskau herrscht seit Wochen schon eine tropische Hitze. Ueber Harzyn lagert eine Staubwolke. Die Entwicklung der Samen ist gefährdet. — Ein 63-jähriger Mann wurde in Paris am Donnerstag in seinem Bette tot aufgefunden. Der Arzt konstatierte als Todesursache: Durch Kälte verursachte Kongestion. — Der tanabische Postkapitän von der Station am Veimemans-See berichtet, daß bereits am 9. Mai, als die Gebirgsübergänge noch mit meterhohen Schneemassen bedeckt waren, schon 25 000 Menschen die Felsengebürgen überschritten hätten, um nach dem Prounzekt zu gelangen. Die Zahl der dabei Umgekommenen schätzte er auf 3000. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Eine Versammlung der Bauarbeiter tagte am Donnerstag, den 2. Juni, im Dreifahrerklub. Zum ersten Punkt erstattete Kollege Köppen Bericht über den Stand der Aussperrung. In der ersten Woche waren ausgesperrt 516 Bauarbeiter. Diese Zahl ist durch Abreise und andere Verhältnisse auf 399 (223 Verheiratete mit 543 Kindern und 76 Ledige) zurückgegangen. Redner bedauert, daß die Bedingten sich immer noch nicht von ihrer Familie trennen brauchen, wie es jetzt leider der Fall ist. Die Forderung der Zimmerer erkennt Redner nur als gerechtfertigt an, den Bauarbeitern könne es daher garnicht einfallen, die Zimmerer zu beeinflussen, von ihrer Forderung abzusehen, sondern es wäre Pflicht der Bauarbeiter, die Zimmerer aufzufordern, in ihrem Kampfe festzustehen. Wenn der Arbeitgeberverband den Schulbau zurück in den Vordergrund dränge und davon die Aufnahme der Arbeit abhängig machen will, so könne man am besten daraus ersehen, auf welcher Seite die Brutalität, welche den Arbeitern vorgeworfen wird, liege. Wenn der Arbeitgeberverband schreie: „Wir wollen nicht unterjochen, wer die Schuldigen sind“ und trotzdem die Wiederaufnahme der Arbeit davon abhängig mache, so würde man sich doch wohl bald klar, wer brutal vorgeht. Ebenso das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes in anderen Orten, den Arbeitern die Arbeit unmöglich zu machen, lege Zeugnis davon ab. Hierauf verlas Redner folgende Resolution, welche von den Versammelten einstimmig angenommen wurde: „Da die heutige Versammlung der Bauarbeiter Magdeburgs aus dem Gefahren des Arbeitgeberverbandes ersehen hat, daß dieser gewillt ist, die Maurer und Bauarbeiter zu veranlassen, die Zimmerer zu bewegen, auf den von beiden Seiten des Arbeitgeberverbandes einseitig aufgestellten Lohn- und Arbeitsstufen einzugehen, erklärt die heutige Versammlung: 1. Die Forderung der Zimmerer voll und ganz als berechtigt anzuerkennen und weist die Zustimmung der Unternehmer, auf die Zimmerer einzuzwirken, entschieden zurück. 2. Erklären wir, niemals auf einseitig aufgestellte Lohn- und Arbeitsbedingungen einzugehen und machen wir die Wiederaufnahme der Arbeit nur von einer vorherigen Verhandlung mit unserer Lohnkommission abhängig. In der darauffolgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Berichterstatters aus. Besonders wurde das Verhalten der städtischen Verwaltung kritisiert, da sie den Unternehmern in jeder Weise entgegenkommt, indem sie die Arbeit in ihrem Namen fertigstellen läßt, wobei jedoch die Leitung in den Händen der Postere des betreffenden Unternehmers liege. Nachdem im Punkt Beschriebenes einige örtliche Angelegenheiten erörtert waren, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung. —

Wasserstände.

	Elbe.	Gar	Wuchs
Außig	5. Juni — — —	6. Juni + 0.52	— —
Dresden	— 0.71	— 0.74	0.03
Torgau	+ 1.50	+ 1.47	0.03
Wittenberg	— — —	+ 2.11	— —
Roslau	+ 1.68	+ 1.60	0.08
Barby	+ 2.32	+ 2.22	0.10
Schönebeck	+ 2.17	+ 2.06	0.11
Magdeburg	+ 1.94	+ 1.90	0.04
Tangermünde	+ 2.94	+ 2.84	0.10
Wittenberge	+ 2.80	+ 2.68	0.12
Dömitz, Pegel	+ 2.47	+ 2.37	0.10
Lauenburg	+ 2.54	+ 2.46	0.08

Fenilleton.

Der Lump.

Eine einfache Geschichte. Nach dem Leben erzählt von Fritz Ernst. (Nachdruck verboten.)

1.
Hans Becker war soeben gegangen und hatte Elsa Bartels allein gelassen; nun sah sie in dem dämmerigen Zimmer, hatte das Gesicht in die Sophapolster gedrückt und weinte. Morgen wollte Hans beim Vater um ihre Hand anhalten. Er war so siegesgewiß und sie wußte doch ganz genau, daß der Vater niemals seine Einwilligung zu der Heirat seiner Tochter mit dem Werkführer geben würde. Sie konnte ja ihren Vater besser, als Hans ihn kannte. Gewiß, er hatte sie lieb, sie und die Mutter, aber auf seine Art. Er hatte stets dafür gesorgt, daß es ihnen an nichts fehle, daß sie ein behagliches Leben führen konnten, aber das war auch alles. Einen anderen Willen, als den seinigen, duldete er nicht im Hause und die beiden Frauen hatten sich in den langen Jahren daran gewöhnt. Er war ein Despot, der Herr Bartels, und als seine Tochter vor wenigen Tagen der Mutter verschämt ihre Liebe zu Hans Becker, dem Werkführer ihres Vaters, gestanden hatte, da waren der armen Frau vor Schreck die Hände an Körper niedergelitten, und sie hatte gesagt: „Kind, Kind, das nimmt kein gutes Ende. Ach ja, der Becker könnte mir schon gefallen als Schwiegersohn, er ist ein braver Mensch. Aber denk' an den Vater! Denk' an den Vater!“
Und an den Vater dachte Elsa, und sie dachte mit heimlichem Grauen an den Augenblick, da Hans mit seiner Werbung vor ihn hintreten würde.

Der nächste Tag war ein Sonntag. Herr Heinrich Bartels saß in seinem Comptoir und erledigte Correspondenzen. Er schimpfte zwar stets darüber, daß ihm diese Arbeit viel Zeit wegnahm und Mühe verursache, aber einen Buchhalter hielt er sich nicht. Was diese Faulenzer verstehen, das hatte Herr Bartels schon in der Schule gelernt, und so schrieb er denn seine Briefe allein, unbelümmert darum, daß sich seine Kunden über die sonderbaren Stillkübungen lustig machten. Herr Bartels hatte es zu etwas gebracht in seinem Leben. Er war Besitzer einer großen Tischlerei und beschäftigte viele Gesellen. Nach dem großen Kriege war er nach Berlin gekommen, mit dem Manne auf dem Rücken und wenigen Groschen in der Tasche. Er fand guten Verdienst in den Göttinger Jahren, und doch kranzte und darblete er, denn Groschen wurde auf Groschen gelegt, eine Erbschaft kam dazu, und nun machte sich Bartels selbständig. Er war lüchlig in seinem Fach und unermüdblich thätig. Das Glück war ihm hold, Aufträge gingen mehr ein, als er bewältigen konnte, und seine Werkstatt vergrößerte sich von Jahr zu Jahr. Heinrich Bartels Wohlhabenheit hielt damit gleichen Schritt. Jetzt war er längst Eigentümer des großen Hauses in der Meichenbergerstraße, das in weithin sichtbaren Lettern seinen Namen trug. Aber auch sein Hochmut war mit seinem Reichthum gewachsen, doch nicht in gleichen Schritt, nein, er war emporgewuchert, wie jedes Unkraut. Hochmütig war Bartels stets gewesen. Hochmut hatte ihn in seinen jungen Jahren darben und entbehren lassen; er wollte nicht Geselle, nicht Arbeiter sein, er wollte Meister heißen, Leute unter sich haben. Hochmütig war auch jetzt sein Verhalten gegen seine Gesellen — Hans Becker hatte hiervon bisher allerdings eine Ausnahme gemacht — und mancher von ihnen hätte es wohl nicht lange in der Bartels'schen Tischlerei ausgehalten, wenn nicht der Lohn gut gewesen wäre, und sie ja doch schließlich fast nur mit dem so ganz anders gearteten Werkführer zu thun gehabt hätten. Der Hochmutsteufel war es auch, der ihm immer wieder zustickerie, daß seine Tochter unbedingt eine „große Partie“ machen müsse; einer vom Adel sollte es auf jeden Fall sein — er konnte sich's ja leisten. Daß seine Tochter niemals selbst eine Wahl treffen könnte, die seinen Plänen zuwiderläufe, daran dachte Herr Bartels nicht. Und wenn auch. Er war ja der Vater und würde seinem Willen schon Beachtung verschaffen.

Der Hausbesitzer und Möbelfabrikant Heinrich Bartels hatte soeben wieder einen der eingelassenen Briefe erbrochen und gelesen. Auf seinem Gesicht lag ein zufriedenes Lächeln. Den Brief, dessen Umschlag ein Monogramm mit Wappen zeigte, in der Hand hin und her drehend murmelte, er vor sich hin: „Doch ein prächtiger Mensch, der Herr Lothar von Reizen; nimmt also an zu morgen, kommt also zu Elses Geburtstag. Im, dann müssen wir uns doch noch etwas besser darauf einrichten. Für die andere wäre es ja gut genug gewesen, aber so ist das etwas anderes. Wenn nun alles gut geht, dann feiern wir morgen eine vergnügliche Verlobung. Ja, das ist mein Mann. Der und kein anderer soll die Elsa haben. Was das Kind für Augen machen wird, wenn sie auf einmal Frau Baronin werden soll? Im, garnicht so übel, Schwiegervater des Baron v. Reizen.“ — Herr Bartels rieb sich vergnügt die Hände und versank in Nachdenken. —

Plötzlich fuhr er empor. — Hatte es nicht geklopft? — Wichtig, draußen wischte sich jemand die Füße an der Strohbende ab. Der Meister ärgerte sich darüber, daß er in seinen angenehmen Grübeleien gestört wurde, und das „Herein“ klang ziemlich unwirlich. Doch das Aergertliche in seinem Gesicht wich bald dem Ausdruck grenzenlosen Staunens. „Wie, Sie Becker, und in vollem Staat? Ach so, Sie haben wohl was in der Werkstelle vergessen und wollen den Schlüssel haben?“

Es war thatsächlich Hans Becker, der da im tabellofen schwarzen Anzuge mit ernster, fast feierlicher Miene vor Herrn Bartels stand. „Nein, Meister, vergessen habe ich nichts. Daß ich heute zu Ihnen komme, hat einen anderen Grund; ich möchte mit Ihnen über eine wichtige Angelegenheit sprechen.“

„Eine wichtige Angelegenheit? Sie wollen doch nicht etwa fort? Daraus kann nichts werden, mein lieber Becker. Sehen Sie mal, Sie haben sich jetzt die langen Jahre her so gut eingearbeitet bei mir, und ich kann Sie wirklich nicht barmhassen. Nein, mein lieber Becker, das dürfen Sie mir nicht antun.“

„Nun, Herr Bartels, die Absicht wegzugehen habe ich vorerst nicht, und doch kommt es auf Sie, kommt es auf den Ausgang unserer Unterredung an, ob ich bleibe oder gehe.“

„Ach so, nun verstehe ich,“ rief der Meister erleichtert. „Sie wollen Zulage haben! Aber hören Sie mal, mit zwölf Thalern die Woche könnten Sie doch wohl zufrieden sein.“

„Nein, auch das ist es nicht, Herr Bartels. Mit meinem Lohn bin ich zufrieden. Sie wissen ja, ich mache keine großen Ansprüche und verbrauche wenig für mich selbst. Ich lege ja auch zurück und könnte ganz gut eine Frau ernähren — und, um es kurz zu machen, ich habe auch die Absicht, zu heiraten, und deswegen eben komme ich zu Ihnen.“

„Das ist recht, Becker, das ist vernünftig! Ja, ja, ich habe auch lieber verheiratete Leute, die sind verständiger und laufen einem nicht gleich fort, wenn ihnen mal eine Kleinigkeit nicht paßt. Gewiß, heiraten Sie Becker. — Aber dazu brauchen Sie doch schließlich meine Einwilligung nicht? Oder,“ setzte er lachend hinzu „verlangt Ihre Braut etwa ein Zeugnis, daß Sie ein ordentlicher, fleißiger Mensch sind? Nun, das kann ich Ihnen mit gutem Gewissen ausstellen.“ (Fortsetzung folgt.)

Färberei u. chemische Reinigung.

Kleid zu reinigen . . von 1.50 Mk. an.
Kleid zu färben . . . von 1.50 Mk. an.
Anzug zu reinigen . . von 1.50 Mk. an.

Schildergasse 2/3 und Lüdisehofstrasse 17.
Leopold Bansleben.